

No. 27693

---

**FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY  
and  
URUGUAY**

**Convention for the avoidance of double taxation with respect  
to taxes on income and property (with protocol). Signed  
at Bonn on 5 May 1987**

*Authentic texts: German and Spanish.*

*Registered by Germany on 7 December 1990.*

---

**RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE  
et  
URUGUAY**

**Convention tendant à éviter la double imposition en matière  
d'impôts sur le revenu et d'impôts sur la fortune (avec  
protocole). Signée à Bonn le 5 mai 1987**

*Textes authentiques : allemand et espagnol.*

*Enregistré par l'Allemagne le 7 décembre 1990.*

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN ZWISCHEN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND DER REPUBLIK ÖSTLICH DES URUGUAY ZUR VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEUERUNG AUF DEM GEBIET DER STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM VERMÖGEN

---

Die Bundesrepublik Deutschland  
und  
die Republik Östlich des Uruguay –

von dem Wunsch geleitet, ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen zu schließen –

haben folgendes vereinbart:

**Artikel 1**

**Persönlicher Geltungsbereich**

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

**Artikel 2**

**Unter das Abkommen fallende Steuern**

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines der beiden Vertragsstaaten, seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Zu den zur Zeit bestehenden Steuern, für die dieses Abkommen gilt, gehören insbesondere

a) in der Bundesrepublik Deutschland:

die Einkommensteuer,  
die Körperschaftsteuer,  
die Vermögensteuer und  
die Gewerbesteuer

(im folgenden als „deutsche Steuer“ bezeichnet);

- b) in der Republik Östlich des Uruguay:  
die Steuer auf das Einkommen aus gewerblicher Tätigkeit (Impuesto a las Rentas de la Industria y el Comercio),  
die Vermögensteuer (Impuesto al Patrimonio),  
die Steuer auf das Einkommen aus Land- und Viehwirtschaft oder vergleichbare Einkommen (Impuesto a la Renta Agropecuaria o similar)  
(im folgenden als „uruguayische Steuer“ bezeichnet).

(3) Dieses Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder ähnlicher Art, die künftig neben den zur Zeit bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden.

### Artikel 3

#### Allgemeine Begriffsbestimmungen

- (1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn aus dem Zusammenhang nichts anderes hervorgeht,
- a) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“ je nach dem Zusammenhang die Bundesrepublik Deutschland oder die Republik Östlich des Uruguay und, im geographischen Sinn verwendet, den Geltungsbereich des Steuerrechts des betreffenden Staates einschließlich der Seegebiete, in denen nach Maßgabe des Völkerrechts und des nationalen Rechts Hoheitsrechte und Gerichtsbarkeit ausgeübt werden;
  - b) bedeutet der Ausdruck „Person“ natürliche Personen und Gesellschaften;
  - c) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
  - d) bedeuten die Ausdrücke „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ und „eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person“ je nach dem Zusammenhang eine in der Bundesrepublik Deutschland oder eine in der Republik Östlich des Uruguay ansässige Person;
  - e) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats“ je nachdem ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;

- f) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger“
- aa) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Recht errichtet worden sind;
  - bb) in bezug auf die Republik Östlich des Uruguay alle uruguayischen Staatsangehörigen sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach der Verfassung und dem geltenden Recht der Republik Östlich des Uruguay errichtet worden sind;
- g) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“ auf seiten der Bundesrepublik Deutschland das Bundesministerium der Finanzen und auf seiten der Republik Östlich des Uruguay das Ministerium für Wirtschaft und Finanzen.

(2) Bei der Anwendung dieses Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder nicht anders definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm nach dem Recht dieses Vertragsstaats über die Steuern zukommt, welche Gegenstand des Abkommens sind.

#### **Artikel 4**

##### **Steuerlicher Wohnsitz**

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die ihren Wohnsitz, ihren ständigen oder gewöhnlichen Aufenthalt, den Ort ihrer Geschäftsleitung oder ihren Sitz in diesem Staat hat.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt folgendes:

- a) Die Person gilt als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt. Verfügt sie in beiden Vertragsstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sie die engeren Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Vertragsstaat die Person die engeren Beziehungen hat, oder verfügt sie in keinem der Vertragsstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;

- c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Vertragsstaaten oder in keinem der Vertragsstaaten, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

## Artikel 5

### Betriebsstätte

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebsstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, die zur Ausübung einer unternehmerischen Tätigkeit und zur Erzielung von Einkommen dient.

(2) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfaßt unter anderem

- a) ein Verwaltungsbüro oder einen Ort der Verwaltung oder Geschäftsleitung,
- b) Zweigniederlassungen oder Vertretungen,
- c) eine Fabrikationsstätte oder eine Industrie- oder Montagewerkstätte, oder einen land- und viehwirtschaftlichen Betrieb,
- d) Bergwerke, Steinbrüche oder andere Stätten der Ausbeutung von Bodenschätzen,
- e) Bauausführungen oder Montagen, deren Dauer zwölf Monate überschreitet.

(3) Ist eine Person in einem Vertragsstaat für ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats tätig, so gilt eine in dem erstgenannten Staat gelegene Betriebsstätte als gegeben, wenn die Person eine Vollmacht besitzt, im Namen des Unternehmens Verträge zu schließen, und die Vollmacht in diesem Staat gewöhnlich ausübt, es sei denn, daß sich ihre Tätigkeit auf den Einkauf von Gütern oder Waren für das Unternehmen beschränkt.

(4) Als Betriebsstätten gelten nicht

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung oder Ausstellung unterhalten werden;

- c) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen zu werben, Informationen zu erteilen, wissenschaftliche Forschung zu betreiben oder ähnliche Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen.

(5) Ein Unternehmen eines Vertragsstaats wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in dem anderen Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(6) Allein dadurch, daß eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die in dem anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder in anderer Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird eine der beiden Gesellschaften nicht zur Betriebsstätte der anderen.

## Artikel 6

### Unbewegliches Vermögen

(1) Einkünfte jeder Art aus unbeweglichem Vermögen können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ bestimmt sich nach dem Recht des Vertragsstaats, in dem das Vermögen liegt. Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

## Artikel 7

### Unternehmensgewinne

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß das Unternehmen seine Tätigkeit im anderen Staat durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit in dieser Weise aus, so können die Gewinne des Unternehmens in dem anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit in dem anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so sind in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zuzurechnen, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen.

(4) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(5) Bei der Anwendung der Absätze 1 bis 4 sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, daß ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(6) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

## Artikel 8

### Seeschiffe und Luftfahrzeuge

(1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für Beteiligungen eines Unternehmens, das Seeschiffe oder Luftfahrzeuge im internationalen Verkehr betreibt, an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einem anderen internationalen Betriebszusammenschluß.

(3) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der Seeschifffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem der Heimathafen des Schiffes liegt, oder, wenn kein Heimathafen vorhanden ist, in dem Vertragsstaat, in dem die Person, die das Schiff betreibt, ansässig ist.

## Artikel 9

### Verbundene Unternehmen

Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen zwischen den beiden Unternehmen hinsichtlich ihrer kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen Bedingungen auferlegt und vereinbart werden, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, werden die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert.

## Artikel 10

### Dividenden

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, können in dem Vertragsstaat, in dem die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden nicht übersteigen.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten – ausgenommen Forderungen – mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Gesellschaftsanteilen stammende Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien gleichgestellt sind, sowie auch Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter und Ausschüttungen auf Anteilscheine an einem Investmentvermögen.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Dividenden in dem anderen Vertragsstaat, in dem die Dividenden zahlende Gesellschaft



ansässig ist, eine Betriebsstätte hat und die Beteiligung, für welche die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(4) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die Dividenden besteuern, welche die Gesellschaft an nicht in diesem anderen Staat ansässige Personen zahlt, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nicht-ausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus in dem anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

## Artikel 11

### Zinsen

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen nicht übersteigen.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 gilt folgendes:

- a) Zinsen, die aus der Bundesrepublik Deutschland stammen und an die uruguayische Regierung gezahlt werden, sind von der deutschen Steuer befreit;
- b) Zinsen, die aus der Republik Östlich des Uruguay stammen und an die deutsche Regierung, die Deutsche Bundesbank, die Kreditanstalt für Wiederaufbau und die Deutsche Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern gezahlt werden, sind von der uruguayischen Steuer befreit.

Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten bestimmen in gegenseitigem Einvernehmen alle weiteren staatlichen Einrichtungen, auf die dieser Absatz Anwendung findet.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus öffentlichen Anleihen, aus Schuldverschreibungen, auch wenn sie durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Gewinnbeteiligung ausgestattet sind, und aus Forderungen jeder Art sowie alle anderen Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Staates, aus dem sie stammen, den Einkünften aus Darlehen gleichgestellt sind.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Zinsen in dem anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine



nischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Vergütungen für technische Dienstleistungen“ bedeutet Zahlungen jeglicher Art an Personen, die nicht Angestellte des Schuldners der Zahlungen sind, für Dienstleistungen auf den Gebieten der Geschäftsleitung, der Technik, der Verwaltung oder der Beratung, vorausgesetzt die Dienstleistungen werden in dem Vertragsstaat erbracht, in dem der Schuldner der Zahlungen ansässig ist.

(4) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Lizenzgebühren oder Vergütungen für technische Dienstleistungen in dem anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren oder Vergütungen für technische Dienstleistungen stammen, eine Betriebsstätte hat und die Rechte oder Vermögenswerte, für welche die Lizenzgebühren oder Vergütungen für technische Dienstleistungen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(5) Lizenzgebühren und Vergütungen für technische Dienstleistungen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eines seiner Länder oder eine ihrer Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren oder Vergütungen für technische Dienstleistungen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte und ist die Verpflichtung zur Zahlung für Zwecke der Betriebsstätte eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte die Zahlungen, so gelten die Lizenzgebühren oder Vergütungen für technische Dienstleistungen als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebsstätte liegt.

(6) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Lizenzgebühren oder Vergütungen für technische Dienstleistungen, gemessen an der zugrundeliegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf diesen letzten Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht jedes Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

### Artikel 13

#### Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen

(1) Gewinne aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 können in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte darstellt, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats in dem anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, über die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für die Ausübung eines freien Berufs in dem anderen Vertragsstaat verfügt, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder zusammen mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, können in dem anderen Staat besteuert werden. Jedoch können Gewinne aus der Veräußerung des in Artikel 22 Absatz 3 genannten beweglichen Vermögens nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses bewegliche Vermögen nach dem angeführten Artikel besteuert werden kann.

(3) Gewinne aus der Veräußerung von Beteiligungen an einer in einem Vertragsstaat ansässigen Gesellschaft können in diesem Staat besteuert werden.

(4) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1 bis 3 nicht genannten Vermögens können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

### Artikel 14

#### Selbständige Arbeit

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige natürliche Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit ähnlicher Art bezieht, können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß sich diese Person zur Ausübung dieser Tätigkeit länger als 183 Tage in dem betreffenden Kalenderjahr im anderen Vertragsstaat aufgehalten hat. In diesem Fall können die Einkünfte in dem anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie der dort ausgeübten Tätigkeit zugerechnet werden können.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf“ umfaßt insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Anwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte und Buchsachverständigen.

## Artikel 15

### Unselbständige Arbeit

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 18 und 19 können Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, die sie im anderen Vertragsstaat ausgeübt hat, in dem zuletzt genannten Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine in dem anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur in dem erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich in dem anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Steuerjahrs aufhält und
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht in dem anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber in dem anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der Absätze 1 und 2 können Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffs oder Luftfahrzeugs im internationalen Verkehr ausgeübt wird, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

## Artikel 16

### Mitglieder von Aufsichts- und Verwaltungsräten

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die in dem anderen Vertragsstaat ansässig ist, können in dem anderen Staat besteuert werden.

## Artikel 17

### Künstler und Sportler

(1) Ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 können Einkünfte, die berufsmäßige Künstler wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- oder Fernsehkünstler und Musiker sowie Sportler aus ihrer in dieser Eigenschaft persönlich oder im Rahmen einer Gruppe ausgeübten Tätigkeit beziehen, oder Einkünfte auf Grund der Ausübung die-

ser Tätigkeit als berufsmäßige Künstler in einem Unternehmen, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem diese Tätigkeit ausgeübt wird.

(2) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der Besuch der berufsmäßigen Künstler oder Sportler in einem Vertragsstaat ganz oder in wesentlichem Umfang von öffentlichen Einrichtungen des anderen Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften unterstützt wird.

### **Artikel 18**

#### **Öffentliche Funktionen**

(1) Vorbehaltlich des Artikels 19 können Vergütungen, die von einem Vertragsstaat, einem seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften unmittelbar oder aus einem von diesem Vertragsstaat, dem Land oder der Gebietskörperschaft errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für unselbständige Arbeit gewährt werden, nur in diesem Staat besteuert werden. Wird aber die unselbständige Arbeit in dem anderen Vertragsstaat von einem Angehörigen dieses Staates ausgeübt, der nicht Angehöriger des erstgenannten Staates ist, so können die Vergütungen nur in diesem anderen Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für Vergütungen, die im Rahmen eines Entwicklungshilfeprogramms eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften aus Mitteln, die ausschließlich von diesem Vertragsstaat, dem Land oder der Gebietskörperschaft bereitgestellt werden, an Fachkräfte oder freiwillige Helfer gezahlt werden, die in den anderen Vertragsstaat mit dessen Zustimmung entsandt worden sind.

(3) Auf Vergütungen für unselbständige Arbeit im Zusammenhang mit einer auf Gewinnerzielung gerichteten gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften finden die Artikel 15, 16 und 17 Anwendung.

### **Artikel 19**

#### **Ruhegehälter**

Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden.

## Artikel 20

### Lehrer sowie Studenten und andere in der Ausbildung stehende Personen

(1) Vergütungen, die ein Hochschullehrer oder anderer Lehrer, der in einem Vertragsstaat ansässig ist oder unmittelbar vorher dort ansässig war und der sich für höchstens zwei Jahre zwecks fortgeschrittener Studien oder Forschungsarbeiten oder zwecks Ausübung einer Lehrtätigkeit an einer Universität, Hochschule oder anderen Lehranstalt in den anderen Vertragsstaat begibt, für diese Arbeit bezieht, werden in dem anderen Vertragsstaat nicht besteuert, vorausgesetzt, daß er die Vergütungen von außerhalb dieses anderen Staates bezieht.

(2) War eine natürliche Person in einem Vertragsstaat ansässig, unmittelbar bevor sie sich in den anderen Vertragsstaat begab, und hält sie sich in dem anderen Staat lediglich als Student einer Universität, Hochschule, Schule oder anderen ähnlichen Lehranstalt dieses anderen Staates oder als Lehrling (in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich der Volontäre und Praktikanten) vorübergehend auf, so ist sie vom Tag ihrer ersten Ankunft in dem anderen Staat im Zusammenhang mit diesem Aufenthalt an von der Steuer dieses anderen Staates befreit

- a) hinsichtlich der für ihren Unterhalt, ihre Erziehung oder ihre Ausbildung bestimmten Überweisungen aus dem Ausland und
- b) während der Dauer von insgesamt höchstens drei Jahren hinsichtlich aller Vergütungen bis zu 7 200 DM oder deren Gegenwert in uruguayischer Währung je Kalenderjahr für Arbeit, die sie in dem anderen Vertragsstaat ausübt, um die Mittel für ihren Unterhalt, ihre Erziehung oder ihre Ausbildung zu ergänzen.

(3) War eine natürliche Person in einem Vertragsstaat ansässig, unmittelbar bevor sie sich in den anderen Vertragsstaat begab, und hält sie sich in dem anderen Staat lediglich zum Studium, zur Forschung, zur Ausbildung oder im Rahmen eines Programms der technischen Hilfe, das von der Regierung eines Vertragsstaats durchgeführt wird, als Empfänger eines Zuschusses, Unterhaltsbeitrags oder Stipendiums einer wissenschaftlichen, pädagogischen, religiösen oder mildtätigen Organisation vorübergehend auf, so ist diese Person vom Tag ihrer ersten Ankunft in dem anderen Staat im Zusammenhang mit diesem Aufenthalt an von der Steuer dieses anderen Staates befreit hinsichtlich

- a) dieses Zuschusses, Unterhaltsbeitrags oder Stipendiums;
- b) aller für ihren Unterhalt, ihre Erziehung oder ihre Ausbildung bestimmten Überweisungen aus dem Ausland.

## Artikel 21

### Nicht ausdrücklich erwähnte Einkünfte

Die in den vorstehenden Artikeln nicht ausdrücklich erwähnten Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

## Artikel 22

### Vermögen

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 kann in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte eines Unternehmens darstellt oder das zu einer der Ausübung eines freien Berufs dienenden festen Einrichtung gehört, kann in diesem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung befindet.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge im internationalen Verkehr sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe und Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

## Artikel 23

### Methoden zur Behebung der Doppelbesteuerung

(1) a) Bei einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person werden folgende Einkünfte, die nach dem vorliegenden Abkommen in der Republik Östlich des Uruguay besteuert werden können, von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer ausgenommen:

- aa) Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6 und Gewinne aus der Veräußerung dieses Vermögens;
- bb) Unternehmensgewinne im Sinne des Artikels 7 und Gewinne, die unter Artikel 13 Absatz 2 fallen;
- cc) Dividenden im Sinne des Artikels 10, die an eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft von einer in der Republik Östlich des Uruguay ansässigen



Gesellschaft gezahlt werden, deren Kapital zu mindestens 10 vom Hundert unmittelbar der deutschen Gesellschaft gehört;

dd) Vergütungen im Sinne der Artikel 15 und 18 Absätze 1 und 2.

Die Bundesrepublik Deutschland behält sich jedoch das Recht vor, die so ausgenommenen Einkünfte bei der Festsetzung des Steuersatzes zu berücksichtigen.

Die vorstehenden Bestimmungen sind ebenfalls auf alle in der Republik Östlich des Uruguay gelegenen Vermögenswerte anzuwenden, wenn die Einkünfte aus diesen Vermögenswerten von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer auszunehmen sind oder wären.

b) Soweit nicht Buchstabe a anzuwenden ist, wird auf die von den aus der Republik Östlich des Uruguay stammenden Einkünften zu erhebende deutsche Einkommensteuer und Körperschaftsteuer die uruguayische Steuer angerechnet, die nach uruguayischem Recht und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen gezahlt worden ist. Ebenso wird auf die von allen in der Republik Östlich des Uruguay gelegenen Vermögenswerten zu erhebende deutsche Vermögensteuer die uruguayische Vermögensteuer angerechnet, die nach uruguayischem Recht und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen gezahlt worden ist. Der anzurechnende Betrag darf jedoch nicht den Teil der vor der Anrechnung ermittelten deutschen Steuer übersteigen, der auf diese Einkünfte oder Vermögenswerte entfällt.

c) Für die Zwecke der in Buchstabe b erwähnten Anrechnung wird davon ausgegangen, daß die uruguayische Steuer beträgt

aa) bei Zinsen im Sinne des Artikels 11 Absatz 3 20 vom Hundert der Zinsen;

bb) bei Lizenzgebühren und bei Vergütungen für technische Dienstleistungen im Sinne des Artikels 12 Absätze 2 und 3 20 vom Hundert der Lizenzgebühren und der Vergütungen für technische Dienstleistungen.

(2) a) Bei einer in der Republik Östlich des Uruguay ansässigen Person werden folgende Einkünfte, die nach diesem Abkommen in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden können, von der Bemessungsgrundlage der uruguayischen Steuer ausgenommen:

aa) Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6 und Gewinne aus der Veräußerung dieses Vermögens;

- bb) Unternehmensgewinne im Sinne des Artikels 7 und Gewinne, die unter Artikel 13 Absatz 2 fallen;
- cc) Dividenden im Sinne des Artikels 10, die an eine in der Republik Östlich des Uruguay ansässige Gesellschaft von einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren Kapital zu mindestens 10 vom Hundert unmittelbar der uruguayischen Gesellschaft gehört;
- dd) Vergütungen im Sinne der Artikel 15 und 18 Absätze 1 und 2.

Die Republik Östlich des Uruguay behält sich jedoch das Recht vor, die so ausgenommenen Einkünfte bei der Festsetzung des Steuersatzes zu berücksichtigen.

Die vorstehenden Bestimmungen sind ebenfalls auf alle in der Bundesrepublik Deutschland gelegenen Vermögenswerte anzuwenden, wenn die Einkünfte aus diesen Vermögenswerten von der Bemessungsgrundlage der uruguayischen Steuer auszunehmen sind oder wären.

b) Soweit nicht Buchstabe *a* anzuwenden ist, wird auf die von den aus der Bundesrepublik Deutschland stammenden Einkünften zu erhebende uruguayische Einkommensteuer die deutsche Steuer angerechnet, die nach deutschem Recht und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen gezahlt worden ist. Ebenso wird auf die von allen in der Bundesrepublik Deutschland gelegenen Vermögenswerten zu erhebende uruguayische Vermögensteuer die deutsche Vermögensteuer angerechnet, die nach deutschem Recht und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen gezahlt worden ist. Der anzurechnende Betrag darf jedoch nicht den Teil der vor der Anrechnung ermittelten uruguayischen Steuer übersteigen, der auf diese Einkünfte oder Vermögenswerte entfällt.

## Artikel 24

### Gleichbehandlung

(1) Die Staatsangehörigen eines Vertragsstaats dürfen in dem anderen Vertragsstaat weder einer Besteuerung noch einer damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen die Staatsangehörigen des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(2) Die Besteuerung einer Betriebsstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats in dem anderen Vertragsstaat hat, darf in dem anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, welche die gleiche Tätigkeit ausüben.

Diese Bestimmung verpflichtet einen Vertragsstaat nicht, den in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfrei-beträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstands oder der Familienlasten oder sonstiger persönlicher Umstände zu gewähren, die er den in seinem Hoheitsgebiet ansässigen Personen gewährt.

(3) Außer in den Fällen der Artikel 9, 11 Absatz 6 und 12 Absatz 6 sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen.

(4) Die Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen in dem erstgenannten Vertragsstaat weder einer Besteuerung noch einer damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

## Artikel 25

### Verständigungsverfahren

(1) Ist eine in einem Vertragsstaat ansässige Person der Auffassung, daß die Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, in dem sie ansässig ist.

(2) Hält diese zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so hat sie den Fall im Einvernehmen mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, daß eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten haben Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen, die in diesem Abkommen nicht behandelt sind, vermieden werden kann.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zum Zweck der Anwendung dieses Abkommens unmittelbar miteinander verkehren.

## Artikel 26

### Austausch von Informationen

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden die Informationen austauschen, die zur Durchführung dieses Abkommens erforderlich sind. Alle so ausgetauschten Informationen sind geheimzuhalten und dürfen nur solchen Personen, Behörden oder Gerichten zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung der unter das Abkommen fallenden Steuern oder mit der Prüfung von Rechtsbehelfs- oder Klageverfahren oder strafrechtlicher Verfolgung in bezug auf diese Steuern befaßt sind. Dieser Vorbehalt verbietet es nicht, diese Informationen im Rahmen eines öffentlichen Gerichtsverfahrens vor den zuständigen Gerichten offenzulegen.

(2) Absatz 1 ist auf keinen Fall so auszulegen, als verpflichte er einen der Vertragsstaaten,

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen oder der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Angaben zu übermitteln, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Geschäfts-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Handels- oder Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung widerspräche.

## Artikel 27

### Diplomaten und Konsularbeamte

(1) Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen sowie internationaler Organisationen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Vereinbarungen zustehen.

(2) Soweit Einkünfte oder Vermögen wegen der einer Person nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer internationaler Übereinkünfte zustehenden Vorrechte im Empfangsstaat nicht besteuert werden, steht das Besteuerungsrecht dem Entsendestaat zu.

(3) Bei der Anwendung dieses Abkommens gelten die Mitglieder einer diplomatischen Mission oder konsularischen Vertretung, die ein Vertragsstaat in dem anderen Vertragsstaat oder in einem dritten Staat unterhält, sowie die zu ihrem Haushalt gehörenden Personen als im Entsendestaat ansässig, wenn sie die Staatsangehörigkeit des Entsendestaats besitzen und dort zu den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen wie in diesem Staat ansässige Personen herangezogen werden.

(4) Dieses Abkommen gilt weder für internationale Organisationen, deren Organe und Beamten, noch für Mitglieder diplomatischer Missionen oder konsularischer Vertretungen eines dritten Staates und die zu ihrem Haushalt gehörenden Personen, die in einem Vertragsstaat anwesend sind, aber in keinem der beiden Vertragsstaaten für Zwecke der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen als dort ansässig behandelt werden.

#### **Artikel 28**

##### **Land Berlin**

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Östlich des Uruguay innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

#### **Artikel 29**

##### **Inkrafttreten**

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in der Republik Östlich des Uruguay ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt 30 Tage nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist anzuwenden

- a) in beiden Vertragsstaaten auf die Steuern, die für die Veranlagungszeiträume erhoben werden, welche am 1. Januar des Jahres beginnen, das dem Jahr folgt, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden;
- b) in beiden Vertragsstaaten auf die im Abzugsweg erhobenen Steuern, die nach dem 31. Dezember des Jahres gezahlt werden, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

### Artikel 30

#### Kündigung

Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, jedoch kann jeder der Vertragsstaaten vor dem 1. Juli eines jeden Kalenderjahrs das Abkommen nach Ablauf von fünf Jahren vom Inkrafttreten an gerechnet auf diplomatischem Weg schriftlich kündigen. In diesem Fall ist das Abkommen nicht mehr anzuwenden

- a) in der Bundesrepublik Deutschland auf die Steuern, die für die auf die Kündigung folgenden Veranlagungszeiträume erhoben werden;
- b) in der Republik Östlich des Uruguay auf die Steuern, die für die auf die Kündigung folgenden Veranlagungszeiträume erhoben werden;
- c) in beiden Vertragsstaaten auf die im Abzugsweg erhobenen Steuern, die nach dem 31. Dezember des Kündigungsjahrs gezahlt werden.

Geschehen zu Bonn am 5. Mai 1987 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland:

RUHFUS

GERHARD STOLTENBERG

Für die Republik Östlich des Uruguay:

R. ZERBINO

## PROTOKOLL

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Republik Östlich des Uruguay

haben anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen am 5. Mai 1987 in Bonn die nachstehenden Bestimmungen vereinbart, die Bestandteil des Abkommens sind.

### 1. Zum Abkommen

Dieses Abkommen gilt nicht für Holding-Gesellschaften im Sinne des Gesetzes Nr. 11.073 der Republik Östlich des Uruguay vom 24. Juni 1948. Es gilt ferner nicht für Einkünfte, die eine Person mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland von einer solchen Gesellschaft bezieht.

### 2. Zu Artikel 7

In dem Vertragsstaat, in dem sich die Betriebsstätte befindet, können einer Bauausführung oder Montage nur die Gewinne zugerechnet werden, die auf Grund der Tätigkeit der Betriebsstätte selbst erzielt werden.

- a) Gewinne aus der Lieferung von Waren durch die Hauptniederlassung oder eine andere Niederlassung des Unternehmens oder durch eine dritte Person im Zusammenhang mit einer dieser Tätigkeiten oder unabhängig davon können nicht der Bauausführung oder Montage zugerechnet werden;
- b) Einkünfte aus Planungs-, Projektierungs-, Konstruktions- oder Forschungsarbeiten sowie aus technischen Dienstleistungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in diesem Staat ausführt und die im Zusammenhang mit einer im anderen Vertragsstaat unterhaltenen Niederlassung stehen, sind nicht dieser Niederlassung zuzurechnen.

### 3. Zu den Artikeln 10 und 11

Unbeschadet der Bestimmungen dieser Artikel können die Dividenden und Zinsen in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden, wenn sie

- a) auf Rechten oder Forderungen mit Gewinnbeteiligung (einschließlich der Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung oder der Einkünfte aus partiari-schen Darlehen oder aus Gewinnobligationen im Sinne des Steuerrechts der Bundesrepublik Deutschland) beru-hen und
- b) bei der Gewinnermittlung des Schuldners dieser Dividen-den oder Zinsen abzugsfähig sind.

### 4. Zu Artikel 23

Verwendet eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft Einkünfte aus Quellen innerhalb der Republik Östlich des Uruguay zur Ausschüttung, so schließt Artikel 23 die Herstellung der Ausschüttungsbelastung nach den Vor-schriften des Steuerrechts der Bundesrepublik Deutschland ein.

### 5. Zu Artikel 23

Ungeachtet des Artikels 23 Absatz 1 Buchstabe a wird Buch-stabe b dieses Artikels mit Ausnahme der ergänzenden Bestimmungen des Buchstaben c sinngemäß auf die Gewinne einer Betriebsstätte und auf das Vermögen, das das Betriebs-vermögen einer Betriebsstätte darstellt, auf die von einer Gesellschaft gezahlten Dividenden, auf die Beteiligung an einer Gesellschaft und auf die in Artikel 13 Absätze 1 und 2 des Abkommens erwähnten Gewinne angewandt, es sei denn, daß die in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Person nachweist, daß die Einnahmen der Betriebsstätte oder Gesellschaft ausschließlich oder fast ausschließlich stammen

- a) aus einer der folgenden in der Republik Östlich des Uru-guay ausgeübten Tätigkeiten: Herstellung oder Verkauf von Gütern oder Waren, technische Beratung oder tech-nische Dienstleistung oder Bank- oder Versicherungs-geschäfte oder
- b) aus Dividenden, die von einer oder mehreren in der Repu-blik Östlich des Uruguay ansässigen Gesellschaften gezahlt werden, deren Kapital zu mehr als 25 vom Hundert der erstgenannten Gesellschaft gehört und die ihre Ein-



künfte wiederum ausschließlich oder fast ausschließlich aus einer der folgenden in der Republik Östlich des Uruguay ausgeübten Tätigkeiten beziehen: Herstellung oder Verkauf von Gütern oder Waren, technische Beratung oder technische Dienstleistung oder Bank- oder Versicherungsgeschäfte.

Geschehen zu Bonn am 5. Mai 1987 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland:

RUHFUS

GERHARD STOLTENBERG

Für die Republik Östlich des Uruguay:

R. ZERBINO

---

[SPANISH TEXT — TEXTE ESPAGNOL]

CONVENIO ENTRE LA REPÚBLICA FEDERAL DE ALEMANIA Y  
LA REPÚBLICA ORIENTAL DEL URUGUAY PARA EVITAR LA  
DOBLE IMPOSICIÓN EN MATERIA DE IMPUESTOS SOBRE LA  
RENTA Y SOBRE EL PATRIMONIO

La República Federal de Alemania

y

la República Oriental del Uruguay,

Deseando concluir un Convenio para evitar la Doble Imposición  
en materia de Impuestos sobre la Renta y sobre el Patrimonio,

Han convenido lo siguiente:

**Artículo 1**

**Ambito subjetivo**

El presente Convenio se aplica a las personas domiciliadas en  
uno o ambos Estados Contratantes.

**Artículo 2**

**Impuestos comprendidos en el Convenio**

1) El presente Convenio se aplica a los impuestos sobre la  
renta y sobre el patrimonio, según el caso, exigibles por cada uno  
de los Estados Contratantes, de sus Estados Federados, de sus  
subdivisiones políticas y de sus autoridades locales, cualquiera  
que sea el sistema de su exacción.

2) Los impuestos actuales a los que, concretamente, se aplica  
este Convenio son:

a) En la República Federal de Alemania:

El Einkommensteuer (impuesto sobre la renta);

El Körperschaftsteuer (impuesto sobre las sociedades);

El Vermögensteuer (impuesto sobre el patrimonio); y

El Gewerbesteuer (impuesto sobre las explotaciones indus-  
triales y comerciales),

(los que, en lo sucesivo, se denominarán "impuesto alemán")

- b) En la República Oriental del Uruguay:  
Impuesto a las Rentas de la Industria y el Comercio;  
Impuesto al Patrimonio;  
Impuesto a la Renta Agropecuaria o similar,  
(los que, en lo sucesivo, se denominarán "impuesto uruguayo").
- 3) El presente Convenio se aplicará también a los impuestos futuros de naturaleza idéntica o análoga que se añadan a los actuales o que los sustituyan.

### Artículo 3

#### Definiciones generales

- 1) Para los efectos del presente Convenio y a menos que en el texto se indique otra cosa,
- a) Las expresiones "un Estado Contratante" y "el otro Estado Contratante" significan la República Federal de Alemania o la República Oriental del Uruguay, según se derive del texto, y cuando se emplean en sentido geográfico, el área de aplicación de las leyes impositivas del estado respectivo, incluyendo los espacios marítimos en que se ejerzan derechos de soberanía y jurisdicción de acuerdo con el Derecho Internacional y con su legislación nacional;
- b) El término "persona" comprende las personas físicas y las sociedades;
- c) El término "sociedad" significa cualquier persona jurídica o cualquier entidad que se considere persona jurídica a efectos impositivos;
- d) Las expresiones "una persona domiciliada en un Estado Contratante" y "una persona domiciliada en el otro Estado Contratante" significan, según se derive del texto, una persona domiciliada en la República Federal de Alemania o una persona domiciliada en la República Oriental del Uruguay;
- e) Las expresiones "empresa de un Estado Contratante" y "empresa del otro Estado Contratante" significan una empresa explotada por una persona domiciliada en un Estado Contratante y una empresa explotada por una persona domiciliada en el otro Estado Contratante, según se infiera del texto;
- f) El término "nacional" significa:
- aa) en relación a la República Federal de Alemania, todos los alemanes en el sentido del párrafo 1 del Artículo 116 de la Ley Fundamental de la República Federal de Alema-

nia, así como todas las personas jurídicas, sociedades de personas y otras asociaciones de personas establecidas conforme al derecho vigente en la República Federal de Alemania;

- bb) en relación a la República Oriental del Uruguay todos los nacionales uruguayos y todas las personas jurídicas, sociedades de personas, y otras asociaciones de personas establecidas conforme a la Constitución y leyes vigentes en la República Oriental del Uruguay;
- g) La expresión "autoridad competente" significa, en el caso de la República Federal de Alemania, el Ministerio Federal de Finanzas y en el caso de la República Oriental del Uruguay, el Ministerio de Economía y Finanzas.

2) Para la aplicación del presente Convenio por un Estado Contratante, cualquier expresión no definida de otra manera tendrá, a menos que el texto exija una interpretación diferente, el significado que se le atribuye por la legislación de este Estado Contratante relativa a los impuestos que son objeto del presente Convenio.

#### **Artículo 4**

##### **Domicilio fiscal**

1) A los fines de este Convenio, el término "residente de un Estado Contratante" significa cualquier persona que tiene su domicilio, residencia, lugar de estadía habitual, lugar de dirección o sede en dicho Estado.

2) Cuando en virtud de las disposiciones del párrafo 1, una persona física resulte domiciliada en ambos Estados Contratantes, el caso se resolverá según las siguientes reglas:

- a) esta persona será considerada domiciliada en el Estado Contratante donde tenga una vivienda permanente. Si tuviera una vivienda permanente en ambos Estados Contratantes, se considerará domiciliada en el Estado Contratante en el que mantenga relaciones más estrechas (centro de intereses vitales);
- b) si no pudiera determinarse el Estado Contratante en el que dicha persona mantiene relaciones más estrechas o si no tuviera vivienda permanente en ninguno de los Estados Contratantes, se considerará domiciliada en el Estado Contratante donde reside de manera habitual;

- c) si residiere de manera habitual en ambos Estados Contratantes o no lo hiciera en ninguno de ellos, las autoridades competentes de los Estados Contratantes resolverán el caso de común acuerdo.

3) Cuando en virtud de las disposiciones del párrafo 1, una persona, que no sea una persona física, sea domiciliada en ambos Estados Contratantes, se considerará domiciliada en el Estado Contratante en que se encuentre su sede de dirección efectiva.

## Artículo 5

### Establecimiento permanente

1) En el sentido del presente Convenio, la expresión "establecimiento permanente" significa un lugar fijo de negocios que sirva para el ejercicio de una actividad empresarial y que tenga como objetivo la generación de rentas.

2) La expresión "establecimiento permanente" comprende, entre otros casos, los siguientes:

- a) una oficina o lugar de administración o dirección de negocios;
- b) las sucursales o agencias;
- c) una fábrica, planta o taller industrial o de montaje o establecimiento agropecuario;
- d) las minas, canteras o cualquier otro lugar de extracción de recursos naturales;
- e) las obras de construcción o de montaje cuya duración exceda doce meses.

3) Una persona que actúe en un Estado Contratante por cuenta de una empresa del otro Estado Contratante, se considerará que constituye establecimiento permanente en el Estado primeramente mencionado si tiene y ejerce habitualmente en este Estado poderes para concluir contratos en nombre de la empresa, a menos que sus actividades se limiten a la compra de bienes o mercancías para la misma.

4) El término "establecimiento permanente" no comprende:

- a) la utilización de instalaciones con el único fin de almacenar, exponer o entregar bienes o mercancías pertenecientes a la empresa;
- b) el mantenimiento de un depósito de bienes o mercancías pertenecientes a la empresa, con el único fin de almacenarlas o exponerlas;

- c) el mantenimiento de un lugar fijo de negocios con el único fin de comprar bienes o mercancías o de recoger información para la empresa;
- d) el mantenimiento de un lugar fijo de negocios con el único fin de hacer publicidad, suministrar información, realizar investigaciones científicas o desarrollar otras actividades similares que tengan carácter preparatorio o auxiliar, siempre que estas actividades se realicen para la propia empresa.

5) No se considera que una empresa de un Estado Contratante tiene establecimiento permanente en el otro Estado Contratante por el mero hecho de que realice actividades en este otro Estado por medio de un corredor, un comisionista general, o cualquier otro mediador que goce de un estatuto independiente, siempre que estas personas actúen dentro del marco ordinario de su actividad.

6) El hecho de que una sociedad domiciliada en un Estado Contratante controle o sea controlada por una sociedad domiciliada en el otro Estado Contratante, o que realice actividades en este otro Estado (ya sea por medio de establecimiento permanente o de otra manera), no convierte por sí solo a cualquiera de estas sociedades en establecimiento permanente de la otra.

## Artículo 6

### Bienes inmuebles

1) Las rentas de cualquier naturaleza provenientes de bienes inmuebles sólo serán gravables en el Estado Contratante en que tales bienes estén situados.

2) La expresión "bienes inmuebles" se definirá de acuerdo con la ley del Estado Contratante en que los bienes estén situados. Los buques, embarcaciones y aeronaves no se consideran bienes inmuebles.

## Artículo 7

### Beneficios de empresas

1) Los beneficios de una empresa de un Estado Contratante solamente serán gravables en este Estado, a no ser que la empresa efectúe operaciones en el otro Estado por medio de un establecimiento permanente situado en él. En este último caso los beneficios de la empresa serán gravables en el otro Estado, pero sólo en la medida en que sean atribuidos al establecimiento permanente.

2) Cuando una empresa de un Estado Contratante realice negocios en el otro Estado Contratante por medio de un establecimiento permanente situado en él, en cada Estado Contratante se atribuirán al establecimiento permanente los beneficios que éste hubiera podido obtener si fuese una empresa distinta y separada que realizase las mismas o similares actividades, en las mismas o similares condiciones, y tratase con total independencia con la empresa de la que es establecimiento permanente.

3) Para la determinación del beneficio del establecimiento permanente se permitirá la deducción de los gastos producidos para los fines del establecimiento permanente, comprendidos los gastos de dirección y generales de administración para los mismos fines.

4) No se atribuirá ningún beneficio a un establecimiento permanente por el mero hecho de que éste compre bienes o mercancías para la empresa.

5) A efectos de los anteriores párrafos 1 a 4, los beneficios imputables al establecimiento permanente se calcularán cada año por el mismo método, a no ser que existan motivos válidos y suficientes para proceder de otra forma.

6) Cuando los beneficios comprendan rentas reguladas separadamente en otros artículos de este Convenio, las disposiciones de aquellos no quedarán afectadas por las del presente artículo.

## Artículo 8

### Buques y aeronaves

1) Los beneficios procedentes de la explotación de buques o aeronaves en tráfico internacional sólo serán gravables en el Estado Contratante en el que está situada la sede de dirección efectiva de la empresa.

2) Las disposiciones del párrafo 1 se aplican por analogía a las participaciones de una empresa que explota buques o aeronaves en transporte internacional, en un pool, una comunidad operacional u otra agrupación internacional de explotación.

3) Si la sede de dirección efectiva de una empresa de navegación estuviera a bordo de un buque, se considerará que se encuentra en el Estado Contratante donde esté el puerto base del buque, o, si no existiera tal puerto base, en el Estado Contratante en el que reside la persona que explota el buque.

## Artículo 9

### Empresas asociadas

#### Cuando

- a) una empresa de un Estado Contratante participe, directa o indirectamente, en la dirección, control o capital de una empresa del otro Estado Contratante, o
- b) unas mismas personas participen, directa o indirectamente, en la dirección, control o capital de una empresa de un Estado Contratante y de una empresa del otro Estado Contratante,

y, en uno y otro caso, las dos empresas estén, en sus relaciones comerciales o financieras, unidas por condiciones, exigidas y aceptadas, que difieran de las que serían acordadas por empresas independientes, los beneficios que una de las empresas habría obtenido de no existir estas condiciones y que de hecho no se han producido a causa de las mismas, se incluirán en los beneficios de esta empresa y serán gravados en consecuencia.

## Artículo 10

### Dividendos

1) Los dividendos pagados por una sociedad domiciliada en un Estado Contratante a una persona domiciliada en el otro Estado Contratante serán gravables en el Estado Contratante en que está domiciliada la sociedad que pague los dividendos y de acuerdo con la legislación de este Estado, pero el impuesto así exigido no puede exceder del 15 % del importe bruto de los dividendos.

2) El término "dividendos" empleado en el presente artículo comprende los rendimientos de las acciones, de las partes de minas, de las acciones de fundador, o de otros derechos, excepto los de crédito, que permitan participar en los beneficios, así como las rentas de otras participaciones sociales, asimiladas a los rendimientos de las acciones por la legislación fiscal del Estado en que está domiciliada la sociedad que las distribuya, e igualmente los rendimientos obtenidos por una cuenta-participe de su participación oculta, y las distribuciones a las acciones de capitales de fondos mutuos.

3) Las disposiciones del párrafo 1 no se aplican si el beneficiario de los dividendos, domiciliado en un Estado Contratante, tiene en el otro Estado Contratante en el que está domiciliada la sociedad que paga los dividendos, un establecimiento permanente con el que la participación que genere los dividendos está vinculada efectivamente. En este caso se aplican las disposiciones del artículo 7.



4) Cuando una sociedad domiciliada en un Estado Contratante obtiene beneficios o rentas procedentes del otro Estado Contratante, este otro Estado no puede exigir ningún impuesto sobre los dividendos pagados por la sociedad a personas que no estén domiciliadas en este último Estado, ni someter los beneficios no distribuidos de la sociedad a un impuesto sobre los mismos, aunque los dividendos pagados o los beneficios no distribuidos consistan, total o parcialmente, en beneficios o rentas procedentes de este otro Estado.

## Artículo 11

### Intereses

1) Los intereses procedentes de un Estado Contratante pagados a una persona domiciliada en el otro Estado Contratante serán gravables en el Estado Contratante del que procedan y de acuerdo con la legislación de este Estado, pero el impuesto así exigido no puede exceder del 15 % del importe bruto de los intereses.

2) No obstante las disposiciones del párrafo 1, se aplican las siguientes normas:

- a) los intereses procedentes de la República Federal de Alemania y pagados al Gobierno Uruguayo están exentos del impuesto alemán;
- b) los intereses procedentes de la República Oriental del Uruguay, y pagados al Gobierno Alemán, al Deutsche Bundesbank, al Kreditanstalt für Wiederaufbau y a la Deutsche Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern están exentos del impuesto uruguayo.

Las autoridades competentes de los Estados Contratantes determinarán de común acuerdo todas las demás instituciones estatales a las que se aplica el presente párrafo.

3) El término "intereses", empleado en este artículo, comprende los rendimientos de la Deuda Pública, de los bonos u obligaciones, con o sin garantía hipotecaria y con derecho o no a participar en beneficios, y de los créditos de cualquier clase, así como cualquier otra renta que la legislación fiscal del Estado de donde procedan los intereses asimile a los rendimientos de las cantidades adeudadas.

4) Las disposiciones del párrafo 1 y 2 no se aplican si el beneficiario de los intereses, domiciliado en un Estado Contratante, tiene en el otro Estado Contratante del que proceden los intereses, un establecimiento permanente con el que el crédito que genera los intereses está vinculado efectivamente. En este caso, se aplican las disposiciones del artículo 7.

5) Los intereses se consideran procedentes de un Estado Contratante cuando el deudor es el propio Estado, uno de sus Estados Federados, una de sus subdivisiones políticas, una de sus autoridades locales o una persona domiciliada en este Estado. Sin embargo, cuando el deudor de los intereses, esté o no domiciliado en un Estado Contratante, tenga en un Estado Contratante un establecimiento permanente en relación con el cual se haya contraído la deuda que da origen a los intereses y este establecimiento soporte el pago de los mismos, los intereses se considerarán procedentes del Estado Contratante donde esté el establecimiento permanente.

6) Cuando, debido a relaciones especiales existentes entre el deudor y el beneficiario de los intereses, o entre ambos y cualquier otra persona, el importe de los intereses pagados, habida cuenta del crédito por el que se paguen, exceda del importe que habría sido acordado por el deudor y el beneficiario en ausencia de tales relaciones, las disposiciones de este artículo no se aplicarán más que a este último importe. En este caso, el exceso podrá someterse a imposición de acuerdo con la legislación de cada Estado Contratante, teniendo en cuenta las demás disposiciones de este Convenio.

## Artículo 12

### Regalías y remuneraciones de servicios técnicos

1) Las regalías y remuneraciones de servicios técnicos procedentes de un Estado Contratante y pagados a un residente del otro Estado Contratante, serán gravables en el Estado Contratante del que procedan, de acuerdo con la legislación de este Estado, pero el impuesto así exigido no puede exceder del 15 % del importe bruto de las regalías y del 10 % del importe bruto de las remuneraciones de servicios técnicos.

2) El término "regalías", empleado en este artículo, significa las cantidades de cualquier clase pagadas por el uso o la concesión de uso de derechos de autor sobre obras literarias, artísticas o científicas, incluidas las películas cinematográficas o las cintas grabadas para televisión o radio, de patentes, marcas de fábrica o de comercio, dibujos o modelos, planos, fórmulas o procedimientos secretos, así como por el uso o la concesión de uso de equipos industriales, comerciales o científicos, y las cantidades pagadas por informaciones relativas a experiencias industriales, comerciales o científicas.

3) El término "remuneraciones de servicios técnicos" empleado en el presente artículo significa las cantidades de cualquier clase

pagadas a personas que no sean empleadas del deudor de los pagos, por servicios prestados en los ámbitos de la gestión, técnica, administración o asesoramiento, siempre y cuando estos servicios se presten en el Estado Contratante del que sea residente el deudor de los pagos.

4) Las disposiciones del párrafo 1 no se aplican si el beneficiario de las regalías o remuneraciones de servicios técnicos, domiciliado en un Estado Contratante, tiene en el otro Estado Contratante del cual proceden las regalías o las remuneraciones de servicios técnicos, un establecimiento permanente con el cual el derecho o propiedad por el que se pagan las regalías o remuneraciones de servicios técnicos estén vinculados efectivamente. En este caso se aplican las disposiciones del artículo 7.

5) Las regalías y remuneraciones de servicios técnicos se considerarán procedentes de un Estado Contratante cuando el deudor sea el propio Estado, uno de sus Estados Federados, una de sus subdivisiones políticas, una de sus autoridades locales o una persona domiciliada en este Estado. Sin embargo cuando el deudor de las regalías o remuneraciones de servicios técnicos, esté o no domiciliado en un Estado Contratante, tenga en un Estado Contratante un establecimiento permanente en relación con el cual se haya contraído la obligación de pagar las regalías o las remuneraciones de servicios técnicos y este establecimiento soporte el pago de las mismas, estas regalías o remuneraciones de servicios técnicos se considerarán procedentes del Estado Contratante donde esté situado el establecimiento permanente.

6) Cuando debido a relaciones especiales existentes entre el deudor y el beneficiario de las regalías o remuneraciones de servicios técnicos o de las que ambos mantengan con terceros, el importe pagado por dichos conceptos, habida cuenta de la prestación por la que se paguen, exceda del importe que habría sido acordado por el deudor y el beneficiario en ausencia de tales relaciones, las disposiciones de este artículo no se aplicarán más que a este último importe. En este caso, el exceso podrá someterse a imposición de acuerdo con la legislación de cada Estado Contratante, teniendo en cuenta las demás disposiciones de este Convenio.

### **Artículo 13**

#### **Ganancias por enajenación de bienes**

1) Las ganancias derivadas de la enajenación de bienes inmuebles, conforme se definen en el párrafo 2 del artículo 6, serán gravables en el Estado Contratante en que estén situados.

2) Las ganancias derivadas de la enajenación de bienes muebles que formen parte del activo de un establecimiento permanente que una empresa de un Estado Contratante tenga en el otro Estado Contratante, o de bienes muebles que pertenezcan a una base fija que una persona domiciliada en un Estado Contratante posea en el otro Estado Contratante para la prestación de servicios profesionales, comprendidas las ganancias derivadas de la enajenación del establecimiento permanente (solo o con el conjunto de la empresa) o de la base fija, serán gravables en este otro Estado. Sin embargo, las ganancias derivadas de la enajenación de bienes muebles mencionados en el párrafo 3 del artículo 22 sólo serán gravables en el Estado Contratante al que, de acuerdo con dicho artículo, corresponde el derecho a gravarlos.

3) Las ganancias derivadas de la enajenación de participaciones en una sociedad domiciliada en un Estado Contratante serán gravables en este Estado.

4) Las ganancias derivadas de la enajenación de cualquier otro bien distinto de los mencionados en los párrafos 1 a 3, sólo serán gravables en el Estado Contratante en que el transmitente esté domiciliado.

#### **Artículo 14**

##### **Actividades profesionales no dependientes**

1) Las rentas que una persona natural domiciliada en un Estado Contratante obtenga de una profesión libre, u otra actividad análoga no dependiente, sólo serán gravables en este Estado, a no ser que esta persona, para ejercer tal actividad haya permanecido más de 183 días durante el año civil correspondiente en el otro Estado Contratante. En este caso, las rentas serán gravables en el otro Estado, pero sólo en la medida en que proceda atribuirles a la actividad allí ejercida.

2) La expresión "servicios profesionales" comprende especialmente las actividades independientes de carácter científico, literario, artístico, educativo o pedagógico, así como las actividades independientes de médicos, abogados, ingenieros, arquitectos, odontólogos y contables.

#### **Artículo 15**

##### **Profesiones dependientes**

1) Los sueldos, salarios y remuneraciones similares obtenidos por una persona domiciliada en un Estado Contratante por una actividad dependiente ejercida en el otro Estado Contratante

serán gravables en este último Estado, sin perjuicio de las disposiciones de los artículos 16, 18 y 19.

2) No obstante las disposiciones del párrafo 1, las remuneraciones obtenidas por una persona domiciliada en un Estado Contratante por razón de un empleo ejercido en el otro Estado Contratante, sólo serán gravables en el primer Estado si:

- a) el empleado no permanece en total en el otro Estado, en uno, o varios períodos, más de 183 días durante el año fiscal considerado, y
- b) las remuneraciones se pagan por, o en nombre de, un empleador que no está domiciliado en el otro Estado, y
- c) las remuneraciones no se soportan por un establecimiento permanente o una base fija que el empleador tiene en el otro Estado.

3) No obstante las disposiciones de los párrafos 1 y 2, las remuneraciones obtenidas por razón de un empleo ejercido a bordo de un buque o aeronave en tráfico internacional, serán gravables en el Estado Contratante en que se encuentre la sede de dirección efectiva de la empresa.

#### **Artículo 16**

##### **Miembros de los consejos de administración y de vigilancia**

Las participaciones, dietas de asistencia y retribuciones similares que una persona domiciliada en un Estado Contratante obtiene como miembro de un consejo de administración o de vigilancia de una sociedad domiciliada en el otro Estado Contratante, serán gravables en este otro Estado.

#### **Artículo 17**

##### **Artistas y deportistas**

1) No obstante las disposiciones de los artículos 7, 14 y 15, las rentas obtenidas por los profesionales del espectáculo tales como los artistas de teatro, cine, radiodifusión o televisión y los músicos, así como por los deportistas por sus actividades personales como tales o en grupo, o las rentas procedentes del ejercicio de tales actividades como artistas profesionales en una empresa, serán gravables en el Estado Contratante en el que se ejerzan dichas actividades.

2) Las disposiciones del párrafo 1 no se aplicarán cuando la visita de los artistas o deportistas profesionales en un Estado

Contratante sea costeada totalmente o en parte esencial por instituciones públicas del otro Estado Contratante, uno de sus Estados Federados, una de sus subdivisiones políticas o una de sus autoridades locales.

### Artículo 18

#### Funciones públicas

1) Sin perjuicio de las disposiciones del artículo 19, las remuneraciones pagadas por un Estado Contratante, uno de sus Estados Federados, una de sus subdivisiones políticas o una de sus autoridades locales, directamente o con cargo a un fondo especial creado por el Estado Contratante, uno de sus Estados Federados, una de sus subdivisiones políticas o una de sus autoridades locales, a una persona física por actividades dependientes, sólo serán gravables en este Estado. Si la actividad dependiente es ejercida en el otro Estado Contratante por un nacional de este segundo Estado que no es nacional del primero, las remuneraciones sólo serán gravables en el segundo Estado.

2) El párrafo 1 se aplica por analogía a las remuneraciones que se paguen a un especialista o voluntario enviado al otro Estado Contratante con el consentimiento del mismo en el marco de un programa de ayuda al desarrollo de un Estado Contratante, de uno de sus Estados Federados, de una de sus subdivisiones políticas o de una de sus autoridades locales, con fondos aportados exclusivamente por este Estado Contratante, sus Estados Federados, sus subdivisiones políticas o sus autoridades locales.

3) Los artículos 15, 16 y 17 se aplican a las remuneraciones por actividades dependientes que se realicen en relación con una actividad industrial con fines de lucro de un Estado Contratante, uno de sus Estados Federados, una de sus subdivisiones políticas o una de sus autoridades locales.

### Artículo 19

#### Pensiones

Las pensiones y remuneraciones similares pagadas, en consideración a un empleo anterior, a una persona domiciliada en un Estado Contratante, sólo serán gravables en este Estado.

### Artículo 20

#### Maestros, estudiantes y otras personas en formación

1) Las remuneraciones que un profesor de escuela superior o un maestro, que esté domiciliado o lo haya estado inmediata-

mente antes, en un Estado Contratante, y que se traslada al otro Estado Contratante por un máximo de dos años a fin de ampliar estudios, o de hacer investigaciones o de ejercer una actividad docente en una universidad, escuela superior, escuela u otro centro docente, perciba por tal actividad, no serán gravables en el otro Estado Contratante, siempre que dichas remuneraciones no procedan de este último Estado.

2) Si una persona física ha estado domiciliada en un Estado Contratante inmediatamente antes de trasladarse al otro, y permanece en este otro Estado con carácter provisional únicamente como estudiante de una universidad, escuela superior, escuela u otro centro docente similar del otro Estado, o como aprendiz (en la República Federal de Alemania se incluyen los "Volontär" o "Praktikant"), dicha persona, desde el día de su primera llegada al otro Estado, y por lo que se refiere a esta estadía, quedará exenta de imposición por parte del otro Estado:

- a) en todas las transferencias procedentes del extranjero, destinadas a su mantenimiento, educación o formación; y
- b) durante un período total de tres años como máximo por lo que se refiere a todas las remuneraciones por trabajos realizados en el otro Estado Contratante para complementar sus fondos de mantenimiento, educación o formación, hasta un total por año civil de 7.200,— DM, o su equivalente en moneda uruguayana.

3) Si una persona física ha estado domiciliada en un Estado Contratante inmediatamente antes de trasladarse al otro, y permanece en este segundo Estado con carácter provisional, únicamente para fines de estudio, investigación, formación, o en el marco de un programa de ayuda técnica realizado por el Gobierno de un Estado Contratante, recibiendo un subsidio, una parte de los gastos de mantenimiento, o una beca de parte de una organización científica, pedagógica, religiosa o caritativa, dicha persona desde el día de su primera llegada al otro Estado, y por lo que se refiere a esta estadía, quedará exenta de imposición por parte del otro Estado:

- a) en dicho subsidio, parte de los gastos de mantenimiento, o beca;
- b) en todas las transferencias procedentes del extranjero, destinadas a su mantenimiento, educación o formación.

## Artículo 21

### Rentas no mencionadas expresamente

Las rentas de una persona domiciliada en un Estado Contratante no mencionadas expresamente en los artículos anteriores, sólo serán gravables en este Estado.

## Artículo 22

### Patrimonio

1) El patrimonio constituido por bienes inmuebles, según se definen en el párrafo 2 del artículo 6, dará lugar a imposición en el Estado Contratante en que los bienes estén situados.

2) El patrimonio constituido por bienes muebles que formen parte del activo de un establecimiento permanente de una empresa, o por bienes muebles que pertenezcan a una base fija utilizada para el ejercicio de una actividad profesional independiente, darán lugar a imposición en el Estado Contratante en que el establecimiento permanente o la base fija estén situados.

3) Los buques y aeronaves explotados en tráfico internacional así como los bienes muebles afectados a su explotación, sólo serán gravables en el Estado Contratante en que esté situada la sede de dirección efectiva de la empresa.

4) Todos los demás elementos del patrimonio de una persona domiciliada en un Estado Contratante sólo darán lugar a imposición en este Estado.

## Artículo 23

### Métodos para evitar la doble imposición

1) a) En el caso de una persona domiciliada en la República Federal de Alemania serán exceptuadas de la base de estimación del impuesto alemán las siguientes rentas, que de acuerdo con las disposiciones del presente Convenio serán gravables en la República Oriental del Uruguay.

- aa) Rentas de bienes inmuebles en el sentido del artículo 6 y beneficios de la enajenación de dichos bienes;
- bb) Beneficios de empresas en el sentido del artículo 7 y las ganancias a que se refiere el artículo 13 párrafo 2;
- cc) Dividendos en el sentido del artículo 10 pagados a una sociedad domiciliada en la República Federal de Alemania por una sociedad domiciliada en la República Oriental del Uruguay cuyo capital pertenezca directamente en por lo menos un 10 % a la sociedad alemana;



dd) Remuneraciones en el sentido de los artículos 15 y 18 párrafos 1 y 2.

La República Federal de Alemania se reserva sin embargo el derecho de tener en cuenta en la fijación del impuesto las rentas así exceptuadas.

Las disposiciones precedentes se aplicarán también a bienes de todas clases situados en la República Oriental del Uruguay si las rentas de dichos bienes deben o debieran ser exceptuadas de la base de estimación del impuesto alemán.

b) Siempre que no sea de aplicación la letra anterior, se deducirá del impuesto sobre la renta y del impuesto sobre sociedades que haya de percibirse en la República Federal de Alemania sobre rentas procedentes de la República Oriental del Uruguay el impuesto percibido por el fisco uruguayo conforme a las leyes uruguayas y de conformidad con el presente Convenio. Asimismo se deducirá del impuesto sobre el patrimonio que haya de percibirse en la República Federal de Alemania sobre bienes de todas clases situados en la República Oriental del Uruguay, el impuesto sobre el patrimonio percibido por el fisco uruguayo conforme a las leyes uruguayas y de conformidad con el presente Convenio. El importe de la deducción no podrá exceder, sin embargo, la parte del impuesto alemán correspondiente a dichas rentas o bienes, antes de hecha la deducción.

c) A los efectos de la deducción mencionada en la letra anterior se parte de la base de que el impuesto uruguayo se eleva:

- aa) para los intereses, en el sentido del artículo 11 párrafo 3, a 20 % de los intereses;
- bb) para las regalías y remuneraciones por asistencia técnica, en el sentido del artículo 12 párrafos 2 y 3, a 20 % de las regalías y remuneraciones por asistencia técnica.

2) a) En el caso de una persona domiciliada en la República Oriental del Uruguay serán exceptuadas de la base de estimación del impuesto uruguayo las siguientes rentas, que de acuerdo con las disposiciones del presente Convenio, serán gravadas en la República Federal de Alemania:

- aa) Rentas de bienes inmuebles en el sentido del artículo 6 y beneficios de la enajenación de dichos bienes;
- bb) Beneficios de empresas en el sentido del artículo 7 y las ganancias a que se refiere el artículo 13 párrafo 2;
- cc) Dividendos en el sentido del artículo 10 pagados a una sociedad domiciliada en la República Oriental del Uruguay

por una sociedad domiciliada en la República Federal de Alemania, cuyo capital pertenezca directamente en por lo menos un 10 % a la sociedad uruguaya;

dd) Remuneraciones en el sentido de los artículos 15 y 18 párrafos 1 y 2.

La República Oriental del Uruguay se reserva sin embargo el derecho de tener en cuenta en la fijación del impuesto, las rentas así exceptuadas.

Las disposiciones precedentes se aplicarán también a bienes de todas clases situados en la República Federal de Alemania, si las rentas de dichos bienes deben o debieran ser exceptuadas de la base de estimación del impuesto uruguayo.

b) Siempre que no sea de aplicación la letra anterior, se deducirá del impuesto sobre la renta, que haya de percibirse en la República Oriental del Uruguay sobre rentas procedentes de la República Federal de Alemania de acuerdo con las leyes uruguayas el impuesto percibido por el fisco alemán conforme a las leyes alemanas y de conformidad con el presente Convenio. Asimismo se deducirá del impuesto sobre el patrimonio que haya de percibirse en la República Oriental del Uruguay sobre bienes de todas clases situados en la República Federal de Alemania de acuerdo con las leyes uruguayas el impuesto sobre el patrimonio percibido por el fisco alemán conforme a las leyes alemanas y de conformidad con el presente Convenio. El importe de la deducción no podrá exceder sin embargo la parte del impuesto uruguayo, correspondiente a dichas rentas o bienes antes de hecha la deducción.

#### Artículo 24

##### No discriminación

1) Los nacionales de un Estado Contratante no serán sometidos en el otro Estado Contratante a ningún impuesto ni obligación relativa al mismo que no se exijan o que sean más gravosos que aquellos a los que estén o puedan estar sometidos los nacionales de este último Estado que se encuentren en las mismas condiciones.

2) Un establecimiento permanente que una empresa de un Estado Contratante tenga en el otro Estado Contratante no será sometido a imposición en este Estado de manera menos favorable que las empresas de este último Estado que realicen las mismas actividades.

Esta disposición no obliga a un Estado Contratante a conceder a las personas domiciliadas en el otro Estado Contratante las deducciones personales, desgravaciones y reducciones de

impuestos que otorgue a las personas domiciliadas en su territorio en consideración a su estado civil o cargas familiares o demás circunstancias personales.

3) A excepción de los casos contemplados en los artículos 9, 11 párrafo 6 y 12 párrafo 6, los intereses, regalías y otras recompensas que una empresa de un Estado Contratante paga a una persona domiciliada en el otro Estado Contratante, serán deducibles para la determinación de los beneficios gravables de esta empresa de igual manera como lo son los pagos efectuados a una persona domiciliada en el Estado primeramente denominado.

4) Las empresas de un Estado Contratante cuyo capital esté, en todo o en parte, poseído o controlado, directa o indirectamente, por una o más personas domiciliadas en el otro Estado Contratante, no serán sometidas en el Estado Contratante citado en primer lugar a ningún impuesto ni obligación relativa al mismo que no se exijan o que sean más gravosos que aquellos a los que estén o puedan estar sometidas las empresas similares del primer Estado.

## Artículo 25

### Procedimiento amistoso

1) Cuando una persona domiciliada en un Estado Contratante considere que las medidas tomadas por uno o ambos Estados Contratantes implican o pueden representar para él un gravamen que no esté conforme con el presente Convenio, independientemente de las acciones previstas por la legislación nacional de los Estados, podrá someter su caso a la autoridad competente del Estado Contratante en el que esté domiciliada.

2) Esta autoridad competente, si la reclamación le parece fundada y si ella misma no está en condiciones de adoptar una solución satisfactoria, deberá resolver la cuestión mediante un acuerdo amistoso con la autoridad competente del otro Estado Contratante, a fin de evitar una tributación que no esté de acuerdo con el presente Convenio.

3) Las autoridades competentes de los Estados Contratantes deberán resolver mediante acuerdo amistoso las dificultades o disipar las dudas que plantee la interpretación o aplicación del presente Convenio. También podrán ponerse de acuerdo para tratar de evitar la doble imposición en los casos no previstos en el mismo.

4) Las autoridades competentes de los Estados Contratantes podrán comunicarse directamente para la aplicación del presente Convenio.

## Artículo 26

### Intercambio de información

1) Las autoridades competentes de los Estados Contratantes intercambiarán las informaciones necesarias para la aplicación del presente Convenio. Las informaciones así intercambiadas serán mantenidas en reserva y sólo se podrán revelar a las personas, autoridades o tribunales que estén encargados de la liquidación o recaudación de los impuestos objeto del presente Convenio, o del examen de recursos administrativos y jurisdiccionales o de acciones penales relativas a estos impuestos. Esta reserva tampoco incluye la revelación de las informaciones en el curso de las audiencias públicas de los tribunales competentes.

2) En ningún caso, las disposiciones del párrafo 1 obligan a un Estado Contratante a:

- a) adoptar medidas administrativas contrarias a su legislación o práctica administrativa o a las del otro Estado Contratante;
- b) suministrar información que no se pueda obtener sobre la base de su propia legislación o práctica administrativa normal o de las del otro Estado Contratante;
- c) transmitir informaciones que revelen un secreto comercial, industrial, de negocios o profesional o un procedimiento comercial o industrial, o informaciones cuya comunicación sea contraria al orden público.

## Artículo 27

### Agentes diplomáticos y funcionarios consulares

1) Este Convenio no afectará las prerrogativas en materia impositiva que corresponden a miembros de misiones diplomáticas y de representaciones consulares, así como de organizaciones internacionales, de acuerdo a las reglas generales del Derecho Internacional o derivadas de convenios especiales.

2) En tanto que los ingresos o bienes de una persona no se sometan a imposición en el Estado receptor a causa de los privilegios que a dicha persona correspondan según las reglas generales del Derecho Internacional, o en virtud de convenciones internacionales especiales, el derecho de imposición corresponderá al Estado que acredita.

3) En la aplicación del presente Convenio, los miembros de una misión diplomática o consular que un Estado Contratante mantenga con el otro, o en un tercer Estado, así como las personas que convivan con ellos, se considerarán como residentes del Estado que acredita si poseen la nacionalidad de éste, y están

sometidos allí a la imposición sobre la renta y sobre el patrimonio, lo mismo que los residentes de dicho Estado.

4) El presente Convenio no se aplicará a organizaciones internacionales, sus órganos ni sus funcionarios ni tampoco a miembros de misiones diplomáticas o representaciones consulares de un tercer Estado, ni a personas que convivan con aquellas, que encontrándose en uno de los Estados Contratantes, no son, sin embargo, a los efectos de la tributación de renta y patrimonio, consideradas como domiciliadas en ninguno de los dos Estados Contratantes.

#### **Artículo 28**

##### **Land Berlín**

El presente Convenio se aplicará también al Land Berlín, en tanto que el Gobierno de la República Federal de Alemania no haga una declaración en contrario al Gobierno de la República Oriental del Uruguay dentro de los tres meses siguientes a la entrada en vigor del presente Convenio.

#### **Artículo 29**

##### **Entrada en vigor**

1) El presente Convenio será ratificado y los instrumentos de ratificación serán intercambiados en la República Oriental del Uruguay lo antes posible.

2) El presente Convenio entrará en vigor 30 días después que se realice el canje de los instrumentos de ratificación y se aplicará:

- a) en ambos Estados Contratantes, a los impuestos que se perciban por los periodos fiscales que empiecen el 1 de enero del año siguiente al año en el cual se realice el canje de ratificaciones;
- b) en ambos Estados Contratantes, a los impuestos percibidos por retención que se paguen después del 31 de diciembre del año en el que se realice el canje de ratificaciones.

#### **Artículo 30**

##### **Denuncia**

El presente Convenio permanecerá en vigor indefinidamente, pero cualquiera de los Estados Contratantes podrá, antes del 1 de julio de cualquier año civil que comience una vez transcurridos

cinco años desde la entrada en vigor del Convenio, denunciarlo por escrito y vía diplomática. En tal caso, el Convenio dejará de tener efecto:

- a) en la República Federal de Alemania, respecto a los impuestos que se perciban por los períodos fiscales siguientes al de formulación de la denuncia,
- b) en la República Oriental del Uruguay, respecto a los impuestos que se perciban por los períodos fiscales siguientes al de formulación de la denuncia,
- c) en ambos Estados Contratantes, respecto a los impuestos percibidos por deducción que se paguen después del 31 de diciembre del año en que se formuló la denuncia.

Hecho en la ciudad de Bonn el día cinco del mes de mayo del año mil novecientos ochenta y siete, en dos originales en lengua alemana y española, siendo ambos textos igualmente auténticos.

Por la República Federal de Alemania:

RUHFUS

GERHARD STOLTENBERG

Por la República Oriental del Uruguay:

R. ZERBINO

## PROTOCOLO

La República Federal de Alemania

y

la República Oriental del Uruguay

Con motivo de la firma del Convenio para evitar la Doble Imposición en materia de Impuestos sobre la Renta y sobre el Patrimonio, en la ciudad de Bonn el día cinco del mes de mayo del año mil novecientos ochenta y siete, han acordado las siguientes disposiciones, que forman parte de dicho Convenio:

### 1) **Respecto al Convenio**

Este Convenio no es aplicable a sociedades de tipo holding en el sentido de lo previsto por la ley No. 11.073 de la República Oriental del Uruguay del 24 de junio de 1948. Tampoco es aplicable para rentas obtenidas, por una persona radicada en la República Federal de Alemania, de una sociedad como la mencionada.

### 2) **Respecto al artículo 7**

En el Estado Contratante donde está situado el establecimiento permanente sólo pueden atribuirse a la realización de una obra o montaje, aquellos beneficios que sean resultado de la actividad del establecimiento permanente mismo.

- a) Los beneficios procedentes de un suministro de mercancías relacionado con una de esas actividades, o independientemente de ella, por parte del establecimiento principal, o de otro establecimiento de la empresa, o de una tercera persona, no podrán ser atribuidos a la realización de la obra o montaje;
- b) las rentas procedentes de trabajos de planificación, proyecto, construcción, o investigación, así como de servicios técnicos, que una persona residente en un Estado Contratante realice en dicho Estado, y que estén en relación con un establecimiento mantenido en el otro Estado Contratante, no serán atribuidos a este último establecimiento.

### 3) Respeto a los artículos 10 y 11

Sin perjuicio de lo determinado en dichos artículos, los dividendos e intereses pueden ser gravados en el Estado Contratante del cual provienen y de acuerdo al derecho vigente en dicho Estado, siempre que:

- a) se basen en derechos o créditos con participación en las utilidades (incluyendo los ingresos obtenidos por una cuenta-participe de su participación oculta o de préstamos – “partiarischen Darlehen” – o de obligaciones con venta, en el sentido de lo dispuesto en el derecho tributario de la República Federal de Alemania) y
- b) resulten deducibles al ser determinadas las utilidades, del deudor de los dividendos o intereses.

### 4) Respeto al artículo 23

En caso de que una sociedad domiciliada en la República Federal de Alemania distribuya dividendos procedentes de las rentas de fuente en la República Oriental del Uruguay, el artículo 23 incluye la imposición compensatoria del impuesto sobre sociedades de acuerdo al derecho fiscal de la República Federal de Alemania.

### 5) Respeto al artículo 23

No obstante las disposiciones del párrafo 1 letra a) del artículo 23 del Convenio, letra b) del citado artículo, a excepción de las disposiciones complementarias de la letra c), se aplicará por analogía a los beneficios de un establecimiento permanente, y a los bienes que constituyen el capital de explotación de un establecimiento permanente; a los dividendos pagados por una sociedad y a la participación en una sociedad; o a los beneficios mencionados en los párrafos 1 y 2 del artículo 13 del Convenio, a no ser que la persona domiciliada en la República Federal de Alemania demuestre que los ingresos del establecimiento permanente, o de la sociedad, proceden exclusiva o casi exclusivamente:

- a) de una de las siguientes actividades ejercidas en la República Oriental del Uruguay: Producción o venta de mercancías o productos, asesoramiento técnico, prestación de servicios técnicos, o negocios bancarios o de seguros; o
- b) de dividendos pagados por una o varias sociedades domiciliadas en la República Oriental del Uruguay cuyo capital pertenezca en más del 25 % a la sociedad primeramente mencionada y que a su vez perciba sus rentas exclusiva o casi exclusivamente de una de las siguientes actividades



ejercidas dentro de la República Oriental del Uruguay:  
Producción o venta de mercancías o productos, asesora-  
miento técnico, prestación de servicios técnicos o nego-  
cios bancarios o de seguros.

Hecho en la ciudad de Bonn el día cinco del mes de mayo del  
año mil novecientos ochenta y siete, en dos originales en lengua  
alemana y española, siendo ambos textos igualmente auténticos.

Por la República Federal de Alemania:

RUHFUS

GERHARD STOLTENBERG

Por la República Oriental del Uruguay:

R. ZERBINO

---

## [TRANSLATION — TRADUCTION]

CONVENTION<sup>1</sup> BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE EASTERN REPUBLIC OF URUGUAY FOR THE AVOIDANCE OF DOUBLE TAXATION WITH RESPECT TO TAXES ON INCOME AND PROPERTY

The Federal Republic of Germany and the Eastern Republic of Uruguay,  
Desiring to conclude a Convention for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and property,  
Have agreed as follows:

*Article 1*

## PERSONAL SCOPE

This Convention shall apply to persons who are residents of one or both Contracting States.

*Article 2*

## TAXES COVERED BY THE CONVENTION

(1) This Convention shall apply, irrespective of the manner in which they are levied, to taxes on income and on property, as the case may be, imposed on behalf of either of the Contracting States, one of the *Länder* of a Contracting State or one of their political subdivisions or local authorities.

(2) The existing taxes to which the Convention shall apply, in particular, are:

(a) In the Federal Republic of Germany:

The income tax (*Einkommensteuer*);  
The corporation tax (*Körperschaftsteuer*);  
The tax on property (*Vermögensteuer*); and  
The business tax (*Gewerbesteuer*)  
(hereinafter referred to as “German tax”);

(b) In the Eastern Republic of Uruguay:

The business tax (*Impuesto a las Rentas de la Industria y el Comercio*);  
The tax on property (*Impuesto al Patrimonio*); and  
The tax on farming or similar activities (*Impuesto a la Renta Agropecuaria o similar*);  
(hereinafter referred to as “Uruguayan tax”).

<sup>1</sup> Came into force on 28 June 1990, i.e., 30 days after the date of the exchange of the instruments of ratification, which took place at Montevideo on 29 May 1990, in accordance with article 29 (2).

(3) This Convention shall also apply to any taxes of the same or a substantially similar nature which are in the future levied in addition to or in place of the existing taxes.

### Article 3

#### GENERAL DEFINITIONS

(1) For the purposes of this Convention, unless the text otherwise indicates:

(a) The terms “a Contracting State” and “the other Contracting State” mean the Federal Republic of Germany or the Eastern Republic of Uruguay, depending on the context, and, when used in the geographical sense, the area in which the taxation law of the State concerned is in force, including maritime areas in which rights of sovereignty and jurisdiction are exercised in accordance with international law and the national legislation of that State;

(b) The term “person” means individuals and companies;

(c) The term “company” means any body corporate or any legal entity which is treated as a body corporate for purposes of taxation;

(d) The terms “a person resident in a Contracting State” and “a person resident in the other Contracting State” mean a person resident in the Federal Republic of Germany or a person resident in the Eastern Republic of Uruguay, depending on the context;

(e) The terms “enterprise of one of the Contracting States” and “enterprise of the other Contracting State” mean an enterprise operated by a resident of a Contracting State and an enterprise operated by a resident of the other Contracting State, depending on the context;

(f) The term “national” means

(aa) In respect of the Federal Republic of Germany, all Germans within the meaning of article 116, paragraph (1) of the Basic Law of the Federal Republic of Germany and all bodies corporate, partnerships and other associations of persons established in accordance with the law in force in the Federal Republic of Germany;

(bb) In respect of the Eastern Republic of Uruguay, all Uruguayan nationals and all bodies corporate, partnerships and other associations of persons established in accordance with the Constitution and the law in force in the Eastern Republic of Uruguay;

(g) The term “competent authority” means, in the case of the Federal Republic of Germany, the Federal Ministry of Finance and, in the case of the Eastern Republic of Uruguay, the Ministry of Economic Affairs and Finance.

(2) In the application of this Convention by a Contracting State, any term not otherwise defined shall, unless the context otherwise requires, have the meaning that it has under the law in force in that Contracting State relating to the taxes which are the subject of this Convention.

#### Article 4

##### FISCAL DOMICILE

(1) For the purposes of this Convention, the term “resident of a Contracting State” means a person whose domicile, permanent residence, habitual abode, place of business management or head office is situated in that State.

(2) Where, in accordance with the provisions of paragraph (1), an individual is a resident of both Contracting States, the following shall apply:

(a) The person shall be deemed to be a resident of the Contracting State in which he has a permanent home available to him. If he has a permanent home available to him in both Contracting States, he shall be deemed to be a resident of the Contracting State with which his relations are the closest (centre of vital interests);

(b) If the Contracting State with which his relations are closest cannot be determined, or if he has not a permanent home available to him in either Contracting State, he shall be deemed to be a resident of the Contracting State in which he has his habitual abode;

(c) If he has his habitual abode in both Contracting States or in neither of them, the competent authorities of the Contracting States shall settle the question by agreement between them.

(3) Where, in accordance with the provisions of paragraph (1), a person other than an individual is a resident of both Contracting States, it shall be deemed to be a resident of the Contracting State in which its place of effective management is situated.

#### Article 5

##### PERMANENT ESTABLISHMENT

(1) For the purposes of this Convention, the term “permanent establishment” means a fixed place of business that is used for the exercise of a business activity for profit-making purposes.

(2) The term “permanent establishment” shall include, *inter alia*:

(a) An office or place of business management or administration;

(b) Branches or agencies;

(c) A factory, plant or industrial or assembly workshop or agricultural establishment;

(d) Mines, quarries or other places of extraction of natural resources;

(e) A building site or construction or assembly project which exists for more than 12 months.

(3) A person acting in a Contracting State on behalf of an enterprise of the other Contracting State shall be deemed to be a permanent establishment in the first-mentioned State if he has, and habitually exercises in that State, an authority to conclude contracts in the name of the enterprise, unless his activities are limited to the purchase of goods or merchandise for the enterprise.

(4) The term “permanent establishment” shall not be deemed to include:

(a) The use of facilities solely for the purpose of storage, display or delivery of goods or merchandise belonging to the enterprise;

(b) The maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of storage or display;

(c) The maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of purchasing goods or merchandise, or for collecting information, for the enterprise;

(d) The maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of advertising, for the supply of information, for scientific research or for similar activities which have a preparatory or auxiliary character for the enterprise.

(5) An enterprise of a Contracting State shall not be deemed to have a permanent establishment in the other Contracting State merely because it carries on business in that other State through a broker, general commission agent or any other agent of an independent status, where such persons are acting in the ordinary course of their business.

(6) The fact that a company which is a resident of a Contracting State controls or is controlled by a company which is a resident of the other Contracting State, or which carries on business in that other State (whether through a permanent establishment or otherwise), shall not of itself constitute either company a permanent establishment of the other.

#### *Article 6*

##### IMMOVABLE PROPERTY

(1) Income of any kind from immovable property shall be taxable only in the Contracting States in which such property is situated.

(2) The term "immovable property" shall be defined in accordance with the law of the Contracting State in which the property is situated. Ships, boats and aircraft shall not be deemed to be immovable property.

#### *Article 7*

##### BUSINESS PROFITS

(1) The profits of an enterprise of a Contracting State shall be taxable only in that State, unless the enterprise carries on business in the other State through a permanent establishment situated therein. In such case, the profits of the enterprise shall be taxable in the other State, but only so much of them as is attributable to that permanent establishment.

(2) Where an enterprise of a Contracting State carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, there shall in each Contracting State be attributed to that permanent establishment the profits which it might be expected to make if it were a distinct and separate enterprise engaged in the same or similar activities under the same or similar conditions and dealing wholly independently with the enterprise of which it is a permanent establishment.

(3) In the determination of the profits of a permanent establishment, there shall be allowed as deductions expenses which are incurred for the purposes of the permanent establishment, including executive and general administrative expenses so incurred.

(4) No profit shall be attributed to a permanent establishment on the sole ground that it purchases goods or merchandise for the enterprise.

(5) In the application of paragraphs (1) to (4) of this article, the profits to be attributed to the permanent establishment shall be determined by the same method year by year unless there is good and sufficient reason to proceed in a different manner.

(6) Where profits include income which is dealt with separately in other articles of this Convention, the provisions of those articles shall not be affected by the provisions of this article.

### Article 8

#### SHIPS AND AIRCRAFT

(1) Profits from the operation of ships or aircraft in international traffic shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(2) The provisions of paragraph (1) shall apply *mutatis mutandis* to the shares which an enterprise engaged in international shipping or air transport holds in a pool, a joint business or an international operating agency.

(3) If the place of effective management of a shipping enterprise is on board a ship, it shall be deemed to be situated in the Contracting State in which the home harbour of the ship is situated, or if there is no such home harbour, in the Contracting State of which the operator of the ship is a resident.

### Article 9

#### ASSOCIATED ENTERPRISES

Where

(a) An enterprise of a Contracting State participates directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of the other Contracting State, or

(b) The same persons participate directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of one Contracting State and of an enterprise of the other Contracting State,

and, in either case, conditions are made and imposed between the two enterprises in their commercial or financial relations which differ from those which would be made between independent enterprises, any profits which would, but for those conditions, have accrued to one of the enterprises but, by reason of those conditions, have not so accrued, shall be included in the profits of that enterprise and taxed accordingly.

*Article 10*

## DIVIDENDS

(1) Dividends paid by a company which is a resident of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall be taxable in the Contracting State of which the company paying the dividends is a resident, and according to the law of that State; the tax may not, however, exceed 15 per cent of the gross amount of the dividends.

(2) The term “dividends” as used in this article includes income from shares, mining shares, founder’s shares, or other rights, not being debt-claims, participation in profits, or income from other corporate rights assimilated to income from shares by the taxation law of the State of which the company making the distribution is a resident, as well as the income of a sleeping partner from his investment as sleeping partner and distributions made in respect of shares in a mutual fund.

(3) The provisions of paragraph (1) shall not apply if the recipient of the dividends, being a resident of a Contracting State, has in the other Contracting State of which the company paying the dividends is a resident, a permanent establishment with which the holding by virtue of which the dividends are paid is effectively connected. In such case the provisions of article 7 shall apply.

(4) Where a company which is a resident of a Contracting State derives profits or income from the other Contracting State, that other State may not impose any tax on the dividends paid by the company to persons who are not residents of that other State, nor subject the company’s undistributed profits to a tax on undistributed profits, even if the dividends paid or the undistributed profits consist wholly or partly of profits or income arising in that other State.

*Article 11*

## INTEREST

(1) Interest arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State shall be taxable in the Contracting State in which it arises and according to the law of that State, but the tax so charged shall not exceed 15 per cent of the gross amount of the interest.

(2) Notwithstanding the provisions of paragraph (1), the following shall apply:

(a) Interest arising in the Federal Republic of Germany and paid to the Uruguayan Government shall be exempt from German tax;

(b) Interest arising in the Eastern Republic of Uruguay and paid to the German Government, the Deutsche Bundesbank, the Kreditanstalt für Wiederaufbau or the Deutsche Finanzierungs Gesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern shall be exempt from Uruguayan tax.

The competent authorities of the Contracting States shall determine by agreement between them all other State institutions to which this paragraph shall be applicable.

(3) The term “interest” as used in this article means income from government securities, from bonds or debentures, whether or not secured by mortgage and whether or not carrying a right to participate in profits, and from debt-claims of any

kind, as well as any other income assimilated to income derived from loans by the taxation law of the State in which it arises.

(4) The provisions of paragraphs (1) and (2) shall not apply if the beneficial owner of the interest, being a resident of a Contracting State, has in the other Contracting State in which the interest arises a permanent establishment with which the debt-claim in respect of which the interest is paid is effectively connected. In such cases, the provisions of article 7 shall apply.

(5) Interest shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is that State itself, one of its *Länder*, or a political subdivision, a local authority or a resident of that State. Where, however, the person paying the interest, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment in connection with which the indebtedness on which the interest is paid was incurred, and such interest is borne by such permanent establishment, then such interest shall be deemed to arise in the Contracting State in which the permanent establishment is situated.

(6) Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner of the interest or between both of them and some other person, the amount of the interest, having regard to the debt-claim for which it is paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments may be taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Convention.

## Article 12

### ROYALTIES AND FEES FOR TECHNICAL SERVICES

(1) Royalties and fees for technical services arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State shall be taxable in the Contracting State in which they arise, in accordance with the law of that State, but the tax so charged shall not exceed 15 per cent of the gross amount of the royalties and 10 per cent of the gross amount of the fees for technical services.

(2) The term "royalties" as used in this article means payments of any kind received as a consideration for the use of, or the right to use, any copyright of literary, artistic, or scientific work including cinematographic films, or tape recordings used for television or radio broadcasting, any patent, trade mark, design or model, plan, secret formula or process, or for the use of, or the right to use, industrial, commercial or scientific equipment, or for information concerning industrial, commercial or scientific experience.

(3) The term "fees for technical services" as used in this article means payments of any kind received as a consideration by persons who are not employees of the payer for services rendered in a technical field or in the fields of management, administration or consultancy, provided that such services are rendered in the Contracting State of which the payer is a resident.

(4) The provisions of paragraph (1) shall not apply if the beneficial owner of the royalties or fees for technical services, being a resident of a Contracting State, has in the other Contracting State in which the royalties or fees for technical services arise, a permanent establishment with which the right or property in respect of



which the royalties or fees for technical services are paid is effectively connected. In such cases, the provisions of article 7 shall apply.

(5) Royalties and fees for technical services shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is that State itself, one of its *Länder*, or a political subdivision, a local authority or a resident of that State. Where, however, the person paying the royalties or fees for technical services, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment in connection with which the liability to pay the royalties or fees for technical services was incurred and the royalties or fees for technical services are borne by that establishment, then such royalties or fees for technical services shall be deemed to arise in the Contracting State in which the permanent establishment is situated.

(6) Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner of the royalties or fees for technical services or between both of them and some other person, the amount paid as royalties or fees for technical services, having regard to the work for which they are paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments may be taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Convention.

### Article 13

#### GAINS FROM THE ALIENATION OF PROPERTY

(1) Gains from the alienation of immovable property, as defined in article 6, paragraph (2), shall be taxable in the Contracting State in which the said property is situated.

(2) Gains from the alienation of movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State or of movable property pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State in the other Contracting State for the purpose of performing professional services, including such gains from the alienation of such a permanent establishment (alone or with the whole enterprise) or of such a fixed base, shall be taxable in that other State. However, gains from the alienation of movable property of the kind referred to in article 22, paragraph (3), shall be taxable only in the Contracting State in which such movable property is taxable according to that article.

(3) Gains from the alienation of shares in a company which is a resident of a Contracting State shall be taxable in that State.

(4) Gains from the alienation of any property other than that referred to in paragraphs (1) to (3) shall be taxable only in the Contracting State of which the alienator is a resident.

### Article 14

#### INDEPENDENT PERSONAL SERVICES

(1) Income derived by an individual resident of a Contracting State in respect of professional services or other independent activities of a similar character shall

be taxable only in that State, unless, for the purpose of performing such activities, he has been present in the other Contracting State for more than 183 days in the calendar year concerned. In that case, the income shall be taxable in the other State but only so much of it as is attributable to the activity performed therein.

(2) The term “professional services” includes especially independent scientific, literary, artistic, educational or teaching activities as well as the independent activities of physicians, lawyers, engineers, architects, dentists and accountants.

#### *Article 15*

##### DEPENDENT PERSONAL SERVICES

(1) Subject to the provisions of articles 16, 18 and 19, salaries, wages and similar remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of dependent services performed in the other Contracting State shall be taxable in the latter State.

(2) Notwithstanding the provisions of paragraph (1), remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment exercised in the other Contracting State shall be taxable only in the first-mentioned State if:

(a) The recipient is present in the other State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days in the fiscal year concerned, and

(b) The remuneration is paid by, or on behalf of, an employer who is not a resident of the other State, and

(c) The remuneration is not borne by a permanent establishment or a fixed base which the employer has in the other State.

(3) Notwithstanding the provisions of paragraphs (1) and (2), remuneration derived in respect of an employment exercised aboard a ship or aircraft operated in international traffic shall be taxable in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

#### *Article 16*

##### MEMBERS OF BOARDS OF DIRECTORS

Directors' percentages or fees and similar payments derived by a resident of a Contracting State in his capacity as a member of the Board of Directors of a company which is a resident of the other Contracting State shall be taxable in that other State.

#### *Article 17*

##### ARTISTS AND ATHLETES

(1) Notwithstanding the provisions of articles 7, 14 and 15, income derived by entertainers, such as theatre, motion-picture, radio or television artists, and musicians, and by athletes, from their personal activities as such or in a group, or income derived from their exercise of such activities as professional artists in an enterprise, shall be taxable in the Contracting State in which such activities are exercised.

(2) The provisions of paragraph (1) shall not apply where the visit of the professional artists or athletes to a Contracting State is supported wholly or substantially by public institutions of the other Contracting State, one of its *Länder* or a political subdivision or a local authority of that State.

### Article 18

#### GOVERNMENT SERVICE

(1) Without prejudice to the provisions of article 19, remuneration paid by a Contracting State, one of its *Länder* or a political subdivision or a local authority of that State, directly or through a special fund created by the Contracting State, one of its *Länder* or a political subdivision or a local authority of that State to an individual in respect of an employment shall be taxable only in that State. If the employment is exercised in the other Contracting State by a national of that other State who is not a national of the first-mentioned State, the remuneration shall be taxable only in the last-mentioned State.

(2) Paragraph (1) shall apply *mutatis mutandis* to remuneration paid to an expert or volunteer sent to the other Contracting State with the consent of that State within the framework of a development assistance programme of a Contracting State, one of its *Länder* or a political subdivision or a local authority of that State, from resources made available solely by that Contracting State, its *Länder*, political subdivisions or local authorities.

(3) Articles 15, 16 and 17 shall apply to remuneration in respect of an employment in connection with a business activity carried on for profit-making purposes by a Contracting State, one of its *Länder* or a political subdivision or a local authority of that State.

### Article 19

#### PENSIONS

Pensions and similar remuneration paid to a resident of a Contracting State in consideration of past employment shall be taxable only in that State.

### Article 20

#### TEACHERS, STUDENTS AND OTHER PERSONS ENGAGED IN EDUCATION

(1) Remuneration which a professor or other teacher who is, or during the period immediately preceding was, a resident of a Contracting State and who visits the other Contracting State for a period not exceeding two years for the purpose of engaging in advanced studies or research activities or for the purpose of teaching at a university, college, school or other educational establishment receives for such work shall not be taxed in the other Contracting State provided that such remuneration did not arise in the last-mentioned State.

(2) If an individual was a resident of a Contracting State immediately before visiting the other Contracting State and is temporarily present in that other State solely as a student at a university, college, school or other similar educational establishment of the said other State, or as an apprentice (including volunteers and practitioners) (*Volontäre und Praktikanten*) in the Federal Republic of Germany, he

shall, as from the date of his first arrival in the said other State in connection with the visit in question, be exempt from the taxation of that other State:

(a) In respect of remittances received from abroad for his maintenance, education or training, and

(b) For a period not exceeding, in the aggregate three years, in respect of all remuneration up to 7,200 DM, or its equivalent in Uruguayan currency, per calendar year received for employment exercised in the other Contracting State in order to supplement the resources for his maintenance, education or training.

(3) If an individual was a resident of a Contracting State immediately before visiting the other Contracting State, and is temporarily present in that other State solely for the purpose of study, research or training, or under a technical assistance programme carried out by the Government of a Contracting State, as the recipient of a grant, allowance or award from a scientific, educational, religious or charitable organization he shall, as from the date of his first arrival in the said other State in connection with the visit in question, be exempt from the taxation of that other State:

(a) In respect of such grant, allowance or award;

(b) In respect of all remittances received from abroad for his maintenance, education or training.

#### *Article 21*

#### INCOME NOT EXPRESSLY MENTIONED

Any income of a resident of a Contracting State which is not expressly mentioned in the foregoing articles shall be taxable only in that State.

#### *Article 22*

#### PROPERTY

(1) Immovable property as defined in article 6, paragraph (2), may be taxed in the Contracting State in which the said property is situated.

(2) Movable property forming part of the business property of a permanent establishment of an enterprise or pertaining to a fixed base used for the performance of independent professional services may be taxed in the Contracting State in which the permanent establishment or fixed base is situated.

(3) Ships and aircraft operated in international traffic and movable property used for the operation of such ships and aircraft shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(4) All other elements of property of a resident of a Contracting State shall be taxable only in that State.

#### *Article 23*

#### METHODS FOR THE ELIMINATION OF DOUBLE TAXATION

(1) (a) In the case of a resident of the Federal Republic of Germany, the following income, which is taxable in the Eastern Republic of Uruguay in accord-

ance with the provisions of this Convention, shall be excluded from the basis for the assessment of the German tax:

- (aa) Income derived from immovable property within the meaning of article 6 and gains from the alienation of such property;
- (bb) Profits of enterprises within the meaning of article 7 and gains covered by article 13, paragraph (2);
- (cc) Dividends within the meaning of article 10 paid to a company which is a resident of the Federal Republic of Germany by a company which is a resident of the Eastern Republic of Uruguay and at least 10 per cent of whose capital is held directly by the German company;
- (dd) Remuneration within the meaning of articles 15 and 18, paragraphs (1) and (2).

The Federal Republic of Germany shall, however, retain the right to take the exempted income into account in determining the tax.

The foregoing provisions shall apply *mutatis mutandis* to property of all kinds situated in the Eastern Republic of Uruguay if the income from the said property should be or should have been excluded from the basis for the assessment of the German tax.

(b) Except where the preceding paragraph is applicable, the tax levied by the Uruguayan tax authorities under Uruguayan law and in accordance with this Convention shall be credited to the income tax and corporation tax to be levied in the Federal Republic of Germany on income arising in the Eastern Republic of Uruguay. In addition, the property tax levied by the Uruguayan tax authorities under Uruguayan law and in accordance with this Convention shall be credited to the property tax to be levied in the Federal Republic of Germany on property of all kinds situated in the Eastern Republic of Uruguay. The amount so credited may not, however, exceed the portion of the German tax determined before such crediting which is levied on the said income or property.

(c) For the purposes of computing the credit referred to in the preceding paragraph, the Uruguayan tax shall be accrued to amount to:

- (aa) In the case of interest within the meaning of article 11, paragraph (3), 20 per cent of the interest;
- (bb) In the case of royalties and fees for technical assistance within the meaning of article 12, paragraphs (2) and (3), 20 per cent of the royalties and fees for technical assistance.

(2). (a) In the case of a resident of the Eastern Republic of Uruguay, the following income, which is taxable in the Federal Republic of Germany in accordance with the provisions of this Convention, shall be excluded from the basis for the assessment of the Uruguayan tax:

- (aa) Income derived from immovable property within the meaning of article 6 and gains from the alienation of such property;
- (bb) Profits of enterprises within the meaning of article 7 and gains covered by article 13, paragraph (2);
- (cc) Dividends within the meaning of article 10 paid to a company which is a resident of the Eastern Republic of Uruguay by a company which is a resident of

the Federal Republic of Germany and at least 10 per cent of whose capital is held directly by the Uruguayan company;

(*dd*) Remuneration within the meaning of articles 15 and 18, paragraphs (1) and (2). The Eastern Republic of Uruguay shall, however, retain the right to take the exempted income into account in determining the tax.

The foregoing provisions shall also apply *mutatis mutandis* to property of all kinds situated in the Federal Republic of Germany if the income from the said property should be or should have been excluded from the basis for the assessment of the Uruguayan tax.

(*b*) Except where the preceding paragraph is applicable, the tax levied by the German tax authorities under German law and in accordance with this Convention shall be credited to the income tax to be levied in the Eastern Republic of Uruguay under Uruguayan law on income arising in the Federal Republic of Germany. In addition, the property tax levied by the German tax authorities under German law and in accordance with this Convention shall be credited to the property tax to be levied in the Eastern Republic of Uruguay under Uruguayan law on property of all kinds situated in the Federal Republic of Germany. The amount so credited may not, however, exceed the portion of the Uruguayan tax determined before such crediting which is levied on the said income or property.

#### Article 24

#### NON-DISCRIMINATION

(1) Nationals of a Contracting State shall not be subjected in the other Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of that other State in the same circumstances are or may be subjected.

(2) The taxation on a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State shall not be less favourably levied in that other State than the taxation levied on enterprises of that other State carrying on the same activities.

This provision shall not be construed as obliging a Contracting State to grant to residents of the other Contracting State any personal allowances, reliefs and reductions for taxation purposes on account of civil status or family responsibilities or any other personal circumstances which it grants to its own residents.

(3) Except in the cases covered by article 9, article 11, paragraph (6), and article 12, paragraph (6), interest, royalties and other disbursements paid by an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purposes of determining the taxable profits of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been paid to a resident of the first-mentioned State.

(4) Enterprises of a Contracting State whose capital is wholly or partly owned or controlled, directly or indirectly, by one or more residents of the other Contracting State shall not be subjected in the first-mentioned Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which other similar enterprises of that first-mentioned State are or may be subjected.

*Article 25*

## MUTUAL AGREEMENT PROCEDURE

(1) Where a resident of a Contracting State considers that the actions of one or both of the Contracting States result or will result for him in taxation not in accordance with this Convention, he may, irrespective of the remedies provided by the domestic law of those States, present his case to the competent authority of the Contracting State of which he is a resident.

(2) If the said competent authority considers the objection justified and is not itself able to arrive at a satisfactory solution, it shall resolve the case by mutual agreement with the competent authority of the other Contracting State, with a view to the avoidance of taxation which is not in accordance with this Convention.

(3) The competent authorities of the Contracting States shall resolve by mutual agreement any difficulties or doubts arising as to the interpretation or application of this Convention. They may also consult together for the avoidance of double taxation in cases not provided for in the Convention.

(4) The competent authorities of the Contracting States may communicate with each other directly for the purpose of implementing this Convention.

*Article 26*

## EXCHANGE OF INFORMATION

(1) The competent authorities of the Contracting States shall exchange such information as is necessary for the application of this Convention. Any information so exchanged shall be treated as secret and may be disclosed only to persons, authorities or courts involved in the assessment or collection of the taxes covered by this Convention, or in the consideration of administrative and judicial appeals or the prosecution of offenses in respect of the said taxes. This does not apply to the disclosure of such information in open sessions of the competent courts.

(2) In no case shall the provisions of paragraph (1) be construed so as to impose on a Contracting State the obligation:

(a) To carry out administrative measures at variance with the laws or the administrative practice of that or of the other Contracting State;

(b) To supply information which is not obtainable under the laws or the normal administrative practice of that or of the other Contracting State;

(c) To supply information which would disclose any trade, industrial, business or professional secret or trade or industrial process or information whose disclosure would be contrary to public order.

*Article 27*

## DIPLOMATIC AGENTS AND CONSULAR OFFICERS

(1) This Convention shall not affect the fiscal privileges granted to members of diplomatic missions and consular representations and officials of international organizations under the general rules of international law or under the provisions of special agreements.

(2) In so far as, by reason of such privileges granted to a person under the general rules of international law or under special international agreements, income or property is not taxed in the receiving State, the right to tax shall be reserved to the sending State.

(3) For the purposes of this Convention, members of a diplomatic or consular mission which a Contracting State maintains in the other Contracting State or in a third State and the persons who live with them shall be deemed to be residents of the sending State if they are nationals of that State and are subject therein to taxation on income and property on the same basis as residents of that State.

(4) This Convention shall not apply to international organizations, their bodies or officials, or to members of diplomatic missions or consular representations of a third State, or to persons who live with them, who are present in one of the Contracting States but are not, for purposes of income and property tax, deemed to be residents of either of the two Contracting States.

#### *Article 28*

#### *LAND BERLIN*

This Convention shall also apply to *Land Berlin*, provided that the Government of the Federal Republic of Germany has not made a contrary declaration to the Government of the Eastern Republic of Uruguay within three months after the entry into force of this Convention.

#### *Article 29*

#### ENTRY INTO FORCE

(1) This Convention is subject to ratification and the instruments of ratification shall be exchanged in the Eastern Republic of Uruguay as soon as possible.

(2) This Convention shall enter into force 30 days after the date of the exchange of the instruments of ratification and shall have effect:

(a) In both Contracting Parties in respect of taxes levied for taxation periods beginning on 1 January of the year following the year in which the instruments of ratification are exchanged;

(b) In both Contracting States, in respect of taxes withheld at source which are paid after 31 December of the year in which the instruments of ratification are exchanged.

#### *Article 30*

#### DENUNCIATION

This Convention shall remain in effect indefinitely, but either of the Contracting States may, before 1 July of any calendar year that begins after the expiring of five years following the entry into force of the Convention, denounce it in writing and through the diplomatic channel. In such case, the Convention shall cease to have effect:



(a) In the Federal Republic of Germany in respect of taxes levied for taxable periods following the taxable period during which the denunciation takes place;

(b) In the Eastern Republic of Uruguay, in respect of taxes levied for taxable periods following the taxable period during which the denunciation takes place;

(c) In both Contracting States, in respect of taxes withheld at source which are paid after 31 December of the year during which the denunciation takes place.

DONE in the city of Bonn on 5 May 1987, in duplicate in the German and Spanish languages, both texts being equally authentic.

For the Federal Republic of Germany:

RUHFUS

GERHARD STOLTENBERG

For the Eastern Republic of Uruguay:

R. ZERBINO

## PROTOCOL

The Federal Republic of Germany and the Eastern Republic of Uruguay

At the signing of the Convention for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and property in the city of Bonn on 5 May 1987, have agreed on the following provisions, which form part of the Convention.

(1) *Ad the Convention*

This Convention shall not be applicable to holding companies within the meaning of Act No. 11.073 of 24 June 1948 in force in the Eastern Republic of Uruguay. Nor shall it be applicable to income derived by a person based in the Federal Republic of Germany from a company which conforms to the above description.

(2) *Ad article 7*

In the Contracting State in which the permanent establishment is situated only profits derived from the activity of the permanent establishment itself may be attributed to the execution of works or installations.

(a) Profits arising from the supply of goods related to such activities, or of other goods, by the main establishment or another establishment of the enterprise or by a third person may not be attributed to the execution of such works or installations;

(b) Income arising from planning, design, construction or research work or technical services which a resident of a Contracting State carries out in that State in connection with an establishment maintained in the other Contracting State shall not be attributed to the last-mentioned establishment.

(3) *Ad articles 10 and 11*

Notwithstanding the provisions of these articles, dividends and interest may be taxed in the Contracting State in which they arise, in accordance with the law in force in that State, and provided that they are:

(a) Based on rights or debt-claims with a share in profits (including the income derived from the investment of a sleeping partner or from loans — "*partiarischen Darlehen*" — or from participating bonds within the meaning of the tax law of the Federal Republic of Germany, and

(b) Deductible for the computation of the gain derived by the payer of the dividends or interest.

(4) *Ad article 23*

Where a company which is a resident of the Federal Republic of Germany distributes dividends arising from income derived from sources in the Eastern Republic of Uruguay, article 23 shall cover the restoration of the tax on the distribution of dividends in accordance with the taxation law of the Federal Republic of Germany.

(5) *Ad article 23*

Notwithstanding the provisions of paragraph (1)(a) of article 23 of the Convention, paragraph (b) of that article, with the exception of the additional provisions of paragraph (c), shall apply *mutatis mutandis* to the profits of a permanent establishment and to property constituting the business property of a permanent estab-

ishment; to dividends paid by a company and to the holding of shares in a company; or to the profits referred to in article 13, paragraphs (1) and (2) of the Convention, provided that the resident of the Federal Republic of Germany demonstrates that the income of the permanent establishment or of the company originates exclusively or almost exclusively:

(a) In one of the following activities carried out in the Eastern Republic of Uruguay: the production or sale of goods or merchandise, technical counselling or the rendering of technical services, or banking or insurance operations; or

(b) In dividends paid by one or more companies resident in the Eastern Republic of Uruguay, where more than 25 per cent of the capital is owned by the first-mentioned company, which also derives its income exclusively or almost exclusively from one of the following activities carried out in the Eastern Republic of Uruguay: the production or sale of merchandise or goods, technical counselling, the rendering of technical services or banking or insurance operations.

DONE in the city of Bonn on 5 May 1987 in duplicate in the German and Spanish languages, both texts being equally authentic.

For the Federal Republic of Germany:

RUHFUS

GERHARD STOLTENBERG

For the Eastern Republic of Uruguay:

R. ZERBINO

---

[TRADUCTION — TRANSLATION]

CONVENTION<sup>1</sup> ENTRE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LA RÉPUBLIQUE ORIENTALE DE L'URUGUAY TENDANT À ÉVITER LA DOUBLE IMPOSITION EN MATIÈRE D'IMPÔTS SUR LE REVENU ET D'IMPÔTS SUR LA FORTUNE

La République fédérale d'Allemagne et la République orientale d'Uruguay,  
Désireuses de conclure une Convention tendant à éviter la double imposition en  
matière d'impôts sur le revenu et d'impôts sur la fortune,  
Sont convenues de ce qui suit :

*Article premier*

PERSONNES VISÉES

La présente Convention s'applique aux personnes qui sont des résidents de l'un  
des Etats contractants ou des deux.

*Article 2*

IMPÔTS VISÉS

1. La présente Convention s'applique aux impôts sur le revenu et aux impôts  
sur la fortune, selon le cas, prélevés par chacun des Etats contractants, de ses Etats  
fédérés, de ses subdivisions politiques et de ses collectivités locales, quel que soit le  
mode de perception.

2. Les impôts actuels auxquels s'applique effectivement la Convention sont :

a) En République fédérale d'Allemagne,

L'impôt sur le revenu (*Einkommensteuer*);

L'impôt sur les sociétés (*Körperschaftsteuer*);

L'impôt sur la fortune (*Vermögensteuer*);

Et les contributions des patentes (*Gewerbesteuer*)

(ci-après dénommés l'« impôt allemand »).

b) En République orientale d'Uruguay,

L'impôt sur les revenus de l'industrie et du commerce (*Impuesto a las Rentas de la Industria y el Comercio*);

L'impôt sur la fortune (*Impuesto al Patrimonio*);

L'impôt sur le revenu agricole ou autre impôt similaire (*Impuesto a la Renta Agropecuaria o similar*)

(ci-après dénommés l'« impôt uruguayen »).

<sup>1</sup> Entrée en vigueur le 28 juin 1990, soit 30 jours après l'échange des instruments de ratification, qui a eu lieu à Montevideo le 29 mai 1990, conformément au paragraphe 2 de l'article 29.

3. La présente Convention s'applique aussi aux impôts de nature identique ou analogue qui viendraient s'ajouter aux impôts en vigueur ou les remplacer.

### Article 3

#### DÉFINITIONS GÉNÉRALES

1. Au sens de la présente Convention, et à moins que le texte n'impose une interprétation différente :

*a)* Les expressions « l'un des Etats contractants » et « l'autre Etat contractant » désignent la République fédérale d'Allemagne ou la République orientale de l'Uruguay, selon le contexte, et, employées dans un sens géographique, le territoire sur lequel est en vigueur la législation fiscale de l'Etat considéré, y compris les superficies maritimes sur lesquelles s'exercent sa souveraineté et sa juridiction conformément au droit international et à la législation nationale;

*b)* Le terme « personne » désigne les personnes physiques et les sociétés;

*c)* Le terme « société » désigne toute personne morale ou tout sujet de droit considéré comme une personne morale aux fins de l'impôt;

*d)* Les expressions « résident d'un Etat contractant » et « résident de l'autre Etat contractant » désignent, selon le contexte, une personne qui est un résident de la République fédérale d'Allemagne ou une personne qui est un résident de la République orientale de l'Uruguay;

*e)* Les expressions « entreprise d'un Etat contractant » et « entreprise de l'autre Etat contractant » désignent, selon le contexte, une entreprise exploitée par un résident d'un Etat contractant et une entreprise exploitée par un résident de l'autre Etat contractant;

*f)* Le terme « national » désigne :

*aa)* En ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne, tous les Allemands au sens du paragraphe 1 de l'article 116 de la Loi fondamentale de la République fédérale d'Allemagne, ainsi que toute personne morale, société de personnes ou autre association constituée conformément au droit en vigueur en République fédérale d'Allemagne;

*bb)* En ce qui concerne la République orientale de l'Uruguay, tout national uruguayen et toute personne morale, société de personnes et autre association de personnes constituée conformément à la Constitution et aux lois en vigueur en République orientale de l'Uruguay;

*g)* L'expression « autorités compétentes » désigne, en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne, le Ministère fédéral des finances, et en ce qui concerne la République orientale de l'Uruguay, le Ministère de l'économie et des finances.

2. Aux fins de l'application de la présente Convention par un Etat contractant, toute expression qui n'y est pas définie *a*, à moins que le contexte n'impose une interprétation différente, le sens que lui attribue la législation de cet Etat relative aux impôts faisant l'objet de la présente Convention.

#### Article 4

##### DOMICILE FISCAL

1. Aux fins de la présente Convention, l'expression « résident d'un Etat contractant » désigne toute personne qui a son domicile, sa résidence, son lieu de séjour habituel, son centre de direction ou son siège dans cet Etat.

2. Lorsque, selon les dispositions du paragraphe 1, une personne physique est un résident des deux Etats contractants, sa situation est réglée de la manière suivante :

a) Cette personne est considérée comme un résident de l'Etat où elle dispose d'un foyer d'habitation permanent; si elle dispose d'un foyer d'habitation permanent dans les deux Etats, elle est considérée comme un résident de l'Etat avec lequel ses liens sont les plus étroits (centre des intérêts vitaux);

b) Si l'Etat avec lequel cette personne a des liens les plus étroits ne peut pas être déterminé, ou si elle ne dispose d'un foyer d'habitation permanent dans aucun des Etats, elle est considérée comme un résident de l'Etat où elle séjourne de façon habituelle;

c) Si cette personne séjourne de façon habituelle dans les deux Etats ou si elle ne séjourne de façon habituelle dans aucun d'eux, les autorités compétentes des deux Etats contractants tranchent la question d'un commun accord.

3. Lorsque, selon les dispositions du paragraphe 1, une personne autre qu'une personne physique est un résident des deux Etats contractants, elle est considérée comme un résident de l'Etat où son siège de direction effective est situé.

#### Article 5

##### ETABLISSEMENT STABLE

1. Au sens de la présente Convention, l'expression « établissement stable » désigne une installation fixe d'affaires par l'intermédiaire de laquelle une entreprise exerce son activité et qui a pour objet de produire un revenu.

2. L'expression « établissement stable » comprend notamment :

a) Un bureau ou lieu d'administration ou de direction d'affaires;

b) Une succursale ou une agence;

c) Une fabrique, une usine ou un atelier industriel ou de montage ou un établissement agricole;

d) Une mine, une carrière ou tout autre lieu d'extraction de ressources naturelles;

e) Un chantier de construction ou de montage d'une durée supérieure à 12 mois.

3. Une personne qui agit dans l'un des Etats contractants pour le compte d'une entreprise de l'autre Etat contractant est assimilée à un établissement stable situé dans le premier Etat si elle dispose, dans cet Etat, de pouvoirs, qu'elle y exerce habituellement, lui permettant de passer des contrats au nom de l'entreprise,

à moins que ses activités ne soient limitées à l'achat de biens ou de marchandises pour cette entreprise.

4. On ne considère pas qu'il y a un « établissement stable » si :

a) Il est fait usage d'installations aux seules fins de stockage, d'exposition ou de livraison de biens ou de marchandises appartenant à l'entreprise;

b) Des biens ou des marchandises appartenant à l'entreprise sont entreposés aux seules fins de stockage ou d'exposition;

c) Une installation fixe d'affaires est utilisée aux seules fins d'acheter des biens ou des marchandises ou de réunir des informations pour l'entreprise;

d) Une installation fixe d'affaires est utilisée aux seules fins de publicité, de fourniture d'informations, de recherches scientifiques ou d'activités analogues ayant un caractère préparatoire ou auxiliaire, si ces activités sont menées pour l'entreprise.

5. Une entreprise d'un Etat contractant n'est pas considérée comme ayant un établissement stable dans l'autre Etat contractant du seul fait qu'elle y exerce une activité par l'entremise d'un courtier, d'un commissionnaire général, ou de tout autre intermédiaire jouissant d'un statut indépendant, si ces personnes agissent dans le cadre ordinaire de leur activité.

6. Le fait qu'une société résidente de l'un des Etats contractants contrôle une société, ou est contrôlée par une société, qui est résidente de l'autre Etat contractant ou qui y exerce une activité (par l'intermédiaire d'un établissement stable ou de toute autre manière) ne suffit pas à lui seul à faire de l'une de ces sociétés un établissement stable de l'autre.

#### *Article 6*

##### REVENUS IMMOBILIERS

1. Les revenus, de quelque nature que ce soit, provenant de biens immobiliers ne sont imposables que dans l'Etat contractant où ces biens sont situés.

2. L'expression « biens immobiliers » s'entend au sens que lui donne la législation de l'Etat contractant où ces biens sont situés. Les navires, les bateaux et les aéronefs ne sont pas considérés comme des biens immobiliers.

#### *Article 7*

##### BÉNÉFICES DES ENTREPRISES

1. Les bénéfices d'une entreprise d'un Etat contractant ne sont imposables que dans cet Etat, à moins que l'entreprise n'exerce une activité dans l'autre Etat par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé. En pareil cas, les bénéfices de l'entreprise sont imposables dans l'autre Etat, mais uniquement dans la mesure où ils sont imputables audit établissement stable.

2. Lorsqu'une entreprise d'un Etat contractant exerce une activité dans l'autre Etat contractant par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, il est attribué à cet établissement stable, dans chaque Etat contractant, les bénéfices qu'il aurait normalement réalisés s'il était une entreprise distincte et séparée exerçant la même activité ou une activité analogue, dans des conditions identiques ou

analogues, et traitant en toute indépendance avec l'entreprise dont il est un établissement stable.

3. Aux fins du calcul des bénéfices d'un établissement stable, sont admises en déduction toutes les dépenses encourues pour les besoins de l'établissement, y compris les dépenses de direction et les frais généraux d'administration.

4. Aucun bénéfice n'est imputé à un établissement stable pour la seule raison que celui-ci a acheté des biens ou des marchandises pour le compte de l'entreprise.

5. Aux fins des paragraphes 1 à 4 ci-dessus, les bénéfices à attribuer à l'établissement stable sont calculés selon la même méthode d'année en année, à moins qu'il n'y ait des motifs valables et suffisants de les calculer autrement.

6. Lorsque les bénéfices comprennent des éléments de revenu traités séparément dans d'autres articles de la présente Convention, les dispositions du présent article s'entendent sans préjudice des dispositions de ces autres articles.

### *Article 8*

#### NAVIGATION MARITIME ET AÉRIENNE

1. Les bénéfices provenant de l'exploitation de navires ou d'aéronefs en trafic international ne sont imposables que dans l'Etat contractant où est situé le siège de direction effectif de l'entreprise.

2. Les dispositions du paragraphe 1 s'appliquent aussi aux participations à un pool, à une exploitation en commun ou à un organisme international d'exploitation que détient une entreprise qui exploite des navires ou des aéronefs en trafic international.

3. Si le siège de direction effective d'une entreprise de navigation maritime est à bord d'un navire, ce siège est réputé être situé dans l'Etat contractant où se trouve le port d'attache du navire ou, à défaut de port d'attache, dans l'Etat contractant où réside la personne qui exploite le navire.

### *Article 9*

#### ENTREPRISES ASSOCIÉES

Lorsque :

a) Une entreprise d'un Etat contractant participe directement ou indirectement à la direction, au contrôle ou au capital d'une entreprise de l'autre Etat contractant, ou que

b) Les mêmes personnes participent directement ou indirectement à la direction, au contrôle ou au capital d'une entreprise d'un Etat contractant et d'une entreprise de l'autre Etat contractant,

et que, dans l'un et l'autre cas, les deux entreprises sont, dans leurs relations commerciales ou financières, liées par des conditions convenues ou imposées qui diffèrent de celles qui seraient convenues entre des entreprises indépendantes, les bénéfices qui, n'étaient ces conditions, auraient été réalisés par l'une des entreprises mais ne l'ont pas été du fait de ces conditions, peuvent être inclus dans les bénéfices de cette entreprise et imposés en conséquence.



*Article 10*

## DIVIDENDES

1. Les dividendes qu'une société résidente de l'un des Etats contractants verse à un résident de l'autre Etat contractant sont imposables dans l'Etat contractant dont la société distributrice des dividendes est résidente et conformément à la législation de cet Etat, mais le taux de l'impôt ainsi perçu ne peut excéder 15 % du montant brut des dividendes.

2. Au sens du présent article, le terme « dividendes » s'entend des revenus d'actions, des parts de mine, des parts de fondateur ou d'autres parts bénéficiaires, à l'exception des créances, ainsi que des revenus provenant d'autres parts sociales que la législation fiscale de l'Etat contractant dont la société distributrice est résidente assimile aux revenus provenant d'actions, de même que des revenus qu'un commanditaire reçoit en cette qualité et des sommes distribuées au titre de parts de sociétés d'investissement.

3. Les dispositions du paragraphe 1 ne s'appliquent pas lorsque le bénéficiaire des dividendes, résident d'un Etat contractant, a, dans l'autre Etat contractant dont la société qui paie les dividendes est résidente, un établissement stable qui y est situé et que la participation génératrice des dividendes s'y rattache effectivement. Dans ce cas, les dispositions de l'article 7 sont applicables.

4. Lorsqu'une société qui est résidente de l'un des Etats contractants tire des bénéfices ou des revenus de l'autre Etat contractant, cet autre Etat ne peut percevoir aucun impôt sur les dividendes payés par la société à des personnes qui ne sont pas des résidents de cet autre Etat, ni prélever aucun impôt, au titre de l'imposition des bénéfices non distribués, sur les bénéfices non distribués de la société, même si les dividendes payés ou les bénéfices distribués consistent en tout ou en partie en bénéfices ou en revenus provenant de cet autre Etat.

*Article 11*

## INTÉRÊTS

1. Les intérêts provenant de l'un des Etats contractants et payés à un résident de l'autre Etat contractant sont imposables dans l'Etat contractant où ces intérêts ont leur source et conformément à la législation de cet Etat, mais l'impôt ainsi perçu ne peut excéder 15 % du montant brut des intérêts.

2. Nonobstant les dispositions du paragraphe 1,

*a)* Les intérêts provenant de la République fédérale d'Allemagne et versés au Gouvernement uruguayen sont exonérés de l'impôt allemand;

*b)* Les intérêts provenant de la République orientale de l'Uruguay et payés au Gouvernement allemand, à la Deutsche Bundesbank (Banque fédérale allemande), à la Kreditanstalt für Wiederaufbau (Institution de crédit pour la reconstruction) et à la Deutsche Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern (Société allemande de financement de participations dans les pays en développement) sont exonérés de l'impôt uruguayen.

Les autorités compétentes des Etats contractants déterminent d'un commun accord toute autre institution publique à laquelle le présent paragraphe est applicable.

3. Au sens du présent article, le terme « intérêts » comprend les revenus des valeurs, obligations ou effets émis par l'Etat, assortis ou non de garanties hypothécaires ou d'une clause de participation aux bénéfices, et de créances de toute nature, ainsi que tous autres revenus que la législation fiscale de l'Etat où ils ont leur source assimile aux revenus de sommes prêtées.

4. Les dispositions des paragraphes 1 et 2 ne s'appliquent pas lorsque le bénéficiaire des intérêts, résident d'un Etat contractant, a, dans l'autre Etat contractant d'où proviennent les intérêts, un établissement stable et que la créance génératrice des intérêts s'y rattache effectivement. Dans ce cas, les dispositions de l'article 7 sont applicables.

5. Les intérêts sont réputés provenir d'un Etat contractant si le débiteur est cet Etat lui-même, un de ses Etats fédérés, une subdivision politique, une collectivité locale ou un résident de cet Etat. Toutefois, lorsque le débiteur des intérêts, qu'il soit ou non résident d'un Etat contractant, a, dans un des Etats contractants, un établissement stable en relation avec lequel la créance génératrice des intérêts a été contractée et qui supporte la charge de ces intérêts, les intérêts sont réputés provenir de l'Etat contractant où l'établissement stable est situé.

6. Lorsque, en raison des relations spéciales existant entre le débiteur et le bénéficiaire des intérêts, ou entre eux et une tierce personne, le montant des intérêts payés, eu égard à la créance au titre de laquelle ils sont versés, excèdent le montant dont le débiteur et le bénéficiaire seraient convenus en l'absence de telles relations, les dispositions du présent article ne s'appliquent qu'à ce dernier montant. En pareil cas, la partie excédentaire des paiements demeure imposable conformément à la législation de chaque Etat contractant, compte dûment tenu des autres dispositions de la présente Convention.

## Article 12

### REDEVANCES ET RÉMUNÉRATIONS DE SERVICES TECHNIQUES

1. Les redevances et rémunérations pour services techniques provenant d'un Etat contractant et payées à un résident de l'autre Etat contractant sont imposables dans l'Etat contractant dont elles proviennent, et conformément à la législation de cet Etat, mais l'impôt ainsi perçu ne peut excéder 15 % du montant brut des redevances et 10 % du montant brut des rémunérations pour services techniques.

2. Au sens du présent article, le terme « redevances » désigne les rémunérations de toute nature versées en contrepartie de l'usage ou de la concession de l'usage d'un droit d'auteur sur une œuvre littéraire, artistique ou scientifique, y compris les films cinématographiques ou les bandes magnétiques destinées à la télévision ou à la radiodiffusion, d'un brevet, d'une marque de fabrique ou de commerce, d'un dessin ou d'un modèle, d'un plan, d'une formule ou d'un procédé secrets, ou en contrepartie de l'usage ou de la concession de l'usage d'un matériel industriel, commercial ou scientifique ou pour des informations ayant trait à une expérience d'ordre industriel, commercial ou scientifique.

3. Au sens du présent article, l'expression « rémunérations pour services techniques » désigne les rémunérations de toute nature versées à des personnes qui ne sont pas des employés de la personne qui paie les rémunérations pour des prestations de services dans les domaines de la gestion, de la technique, de l'administration ou pour des services consultatifs, à condition qu'il s'agisse de prestations fournies dans l'Etat contractant dont la personne qui paie les rémunérations est un résident.

4. Les dispositions du paragraphe 1 ne s'appliquent pas lorsque le bénéficiaire des redevances ou rémunérations pour services techniques, résident de l'un des Etats contractants, a, dans l'autre Etat contractant d'où proviennent les redevances ou rémunérations pour services techniques, un établissement stable auquel le droit ou la propriété pour les besoins duquel l'obligation de verser les redevances ou les rémunérations pour services techniques a été contractée, se rattachent effectivement. En pareil cas, les dispositions de l'article 7 sont applicables.

5. Les redevances et rémunérations pour services techniques sont réputées provenir d'un Etat contractant si le débiteur est cet Etat lui-même, un de ses Etats fédérés, une de ses subdivisions politiques, une de ses collectivités locales, ou un résident de cet Etat. Toutefois, lorsque le débiteur des redevances ou des rémunérations pour services techniques, qu'il soit ou non un résident de l'un des Etats contractants, a, dans un Etat contractant, un établissement stable pour les besoins duquel l'obligation de verser les redevances ou les rémunérations pour services techniques a été contractée et qui supporte la charge desdites redevances ou rémunérations, ces redevances ou rémunérations sont réputées provenir de l'Etat contractant où l'établissement stable est situé.

6. Si, du fait de relations spéciales existant entre le débiteur et le bénéficiaire des redevances ou rémunérations pour services techniques ou entre eux et un tiers, le montant desdites redevances ou rémunérations, eu égard à la prestation pour laquelle elles sont payées, excède le montant dont le débiteur et le bénéficiaire seraient convenus en l'absence de telles relations, les dispositions du présent article ne s'appliquent qu'à ce dernier montant. En pareil cas, la partie excédentaire des paiements demeure imposable conformément à la législation de chaque Etat contractant, compte dûment tenu des autres dispositions de la présente Convention.

### *Article 13*

#### GAINS PROVENANT DE L'ALIÉNATION DE BIENS

1. Les gains provenant de l'aliénation de biens immobiliers, au sens du paragraphe 2 de l'article 6, sont imposables dans l'Etat contractant où ces biens sont situés.

2. Les gains provenant de l'aliénation de biens mobiliers faisant partie de l'actif d'un établissement stable qu'une entreprise d'un Etat contractant a dans l'autre Etat contractant, ou de biens mobiliers qui appartiennent à une base fixe dont un résident d'un Etat contractant dispose dans l'autre Etat contractant pour l'exercice d'une profession libérale, y compris les gains provenant de l'aliénation de cet établissement stable (seul ou avec l'ensemble de l'entreprise) ou de cette base fixe, sont imposables dans cet autre Etat. Toutefois, les gains provenant de l'aliénation des biens mobiliers visés au paragraphe 3 de l'article 22 ne sont imposables que dans l'Etat contractant qui a le droit de les imposer en vertu dudit article.

3. Les gains provenant de l'aliénation de participations dans une société résidente d'un Etat contractant sont imposables dans cet Etat.

4. Les gains provenant de l'aliénation de tous biens autres que ceux visés aux paragraphes 1 à 3 ne sont imposables que dans l'Etat contractant dont le cédant est un résident.

#### *Article 14*

##### PROFESSIONS INDÉPENDANTES

1. Les revenus qu'une personne physique résident d'un Etat contractant tire d'une profession libérale ou d'autres activités indépendantes de nature analogue ne sont imposables que dans cet Etat, à moins que l'intéressé, pour exercer cette activité, n'ait effectué un séjour de plus de 183 jours durant l'année civile considérée dans l'autre Etat contractant. En pareil cas, lesdits revenus sont imposables dans cet autre Etat, dans la mesure seulement où ils sont imputables à l'activité qui y a été exercée.

2. L'expression « profession libérale » comprend notamment les activités indépendantes de nature scientifique, littéraire, artistique, pédagogique ou éducative, ainsi que les activités indépendantes des médecins, avocats, ingénieurs, architectes, dentistes et comptables.

#### *Article 15*

##### PROFESSIONS DÉPENDANTES

1. Sous réserve des dispositions des articles 16, 18 et 19, les salaires, traitements et autres rémunérations similaires qu'un résident d'un Etat contractant reçoit au titre d'une activité dépendante exercée dans l'autre Etat contractant sont imposables dans ce dernier Etat.

2. Nonobstant les dispositions du paragraphe 1, les rémunérations qu'un résident d'un Etat contractant reçoit au titre d'un emploi salarié exercé dans l'autre Etat contractant ne sont imposables que dans le premier Etat si :

a) La durée totale du ou des séjours de l'intéressé dans l'autre Etat contractant n'excède pas 183 jours au total au cours de l'année fiscale considérée; et

b) Les rémunérations sont payées par un employeur, ou pour le compte d'un employeur qui n'est pas un résident de l'autre Etat; et

c) La charge des rémunérations n'est pas supportée par un établissement stable ou une base fixe que l'employeur a dans l'autre Etat.

3. Nonobstant les dispositions précédentes des paragraphes 1 et 2, les rémunérations reçues au titre d'un emploi exercé à bord d'un navire ou d'un aéronef exploité en trafic international sont imposables dans l'Etat contractant où le siège de direction effective de l'entreprise est situé.

#### *Article 16*

##### MEMBRES DES CONSEILS D'ADMINISTRATION ET DE SURVEILLANCE

Les tantièmes, jetons de présence et autres rémunérations analogues qu'un résident d'un Etat contractant reçoit en sa qualité de membre du conseil d'adminis-

tration ou de surveillance d'une société résidente de l'autre Etat contractant sont imposables dans cet autre Etat.

### *Article 17*

#### ARTISTES ET SPORTIFS

1. Nonobstant les dispositions des articles 7, 14 et 15, les revenus que les professionnels du spectacle, tels qu'artistes de la scène, de l'écran, de la radio ou de la télévision, musiciens ou sportifs, tirent des activités personnelles qu'ils exercent en cette qualité ou en groupe, ou les revenus qu'ils tirent de l'exercice desdites activités en tant qu'artistes professionnels dans une entreprise, sont imposables dans l'Etat contractant dans lequel ces activités sont exercées.

2. Les dispositions du paragraphe 1 ne s'appliquent pas si la tournée des artistes ou des sportifs dans l'un des Etats contractants est intégralement ou en grande partie prise en charge par des institutions publiques de l'autre Etat contractant, d'un de ses Etats fédérés, d'une de ses subdivisions politiques ou d'une de ses collectivités locales.

### *Article 18*

#### FONCTIONS PUBLIQUES

1. Sous réserve des dispositions de l'article 19, les rémunérations versées par un Etat contractant, un de ses Etats fédérés, une de ses subdivisions politiques ou une de ses collectivités locales à une personne physique au titre d'un emploi salarié, directement ou par prélèvement sur un fonds spécial constitué par l'Etat contractant, un de ses Etats fédérés, une de ses subdivisions politiques ou une de ses collectivités locales, ne sont imposables que dans cet Etat. Si l'emploi est exercé dans un autre Etat contractant par un national de cet Etat qui n'est pas un national du premier Etat, les rémunérations ne sont imposables que dans cet autre Etat.

2. Les dispositions du paragraphe 1 sont applicables par analogie aux rémunérations versées à un spécialiste ou à un volontaire envoyé dans l'autre Etat contractant avec le consentement de celui-ci dans le cadre d'un programme d'aide au développement d'un Etat contractant, d'un de ses Etats fédérés, d'une de ses subdivisions politiques ou d'une de ses collectivités locales au moyen de fonds fournis exclusivement par ledit Etat contractant, ses Etats fédérés, ses subdivisions politiques ou ses collectivités locales.

3. Les dispositions des articles 15, 16 et 17 s'appliquent aux rémunérations versées en contrepartie d'un emploi salarié en rapport avec une activité industrielle exercée à des fins lucratives par un des Etats contractants, un de ses Etats fédérés, une de ses subdivisions politiques ou une de ses collectivités locales.

### *Article 19*

#### PENSIONS

Les pensions et rémunérations analogues payées à un résident d'un Etat contractant au titre d'un emploi antérieur ne sont imposables que dans cet Etat.

*Article 20*ENSEIGNANTS, ÉTUDIANTS ET AUTRES PERSONNES SUIVANT  
DES COURS DE FORMATION

1. Les rémunérations qu'un professeur d'un établissement d'enseignement supérieur ou un enseignant qui est résident d'un Etat contractant ou qui l'était immédiatement avant de se rendre dans l'autre Etat contractant pour un séjour de deux ans au plus afin d'y poursuivre ses études, ou de faire des recherches, ou d'exercer une activité d'enseignement dans une université, un établissement d'enseignement supérieur, une école ou autre institution éducative, reçoit au titre de cette activité, ne sont pas imposables dans l'autre Etat contractant, à condition que ces rémunérations ne proviennent pas dudit Etat.

2. Toute personne physique qui était résidente d'un Etat contractant immédiatement avant de se rendre dans l'autre Etat contractant et qui séjourne temporairement dans cet autre Etat en qualité exclusivement d'étudiant d'une université, d'un établissement d'enseignement supérieur, d'une école ou autre institution éducative analogue de l'autre Etat, ou comme apprenti (ce mot désignant également un « Volontär » ou un « Praktikant » dans le cas de la République fédérale d'Allemagne) est, à compter du premier jour de son arrivée dans cet autre Etat et pour ce qui touche à ce séjour, exonérée d'impôt de la part de cet autre Etat pour :

a) Les sommes qu'elle reçoit de l'étranger en vue de son entretien, de son instruction ou de sa formation; et

b) Pendant une période de trois ans au plus, les rémunérations jusqu'à concurrence de 7 200 deutsche marks par année civile ou de l'équivalent en monnaie uruguayenne, qu'elle touche au titre de prestations de services fournies dans cet autre Etat contractant afin de compléter les ressources dont elle dispose à ces fins.

3. Toute personne physique qui était résidente de l'un des Etats contractants immédiatement avant de se rendre dans l'autre Etat contractant et qui séjourne temporairement dans cet autre Etat à la seule fin d'y poursuivre des études, d'y effectuer des recherches, d'y acquérir une formation ou dans le cadre d'un programme d'assistance technique réalisé par le gouvernement d'un Etat contractant et qui reçoit une subvention, une partie de ses frais d'entretien ou une bourse de la part d'une organisation scientifique, éducative, religieuse ou philanthropique, est, à compter du premier jour de son arrivée dans l'autre Etat et pour ce qui est de ce séjour, exonérée d'impôt de la part de cet autre Etat contractant en ce qui concerne :

a) La subvention, fraction des frais d'entretien ou bourse qu'elle reçoit;

b) Les sommes qu'elle reçoit de l'étranger en vue de son entretien, de son instruction ou de sa formation.

*Article 21*

## REVENUS NON MENTIONNÉS EXPRESSÉMENT PAR AILLEURS

Les éléments de revenu d'un résident d'un Etat contractant qui ne sont pas expressément mentionnés dans les articles qui précèdent ne sont imposables que dans cet Etat.

## Article 22

### FORTUNE

1. Les éléments de fortune qui consistent en biens immobiliers, au sens du paragraphe 2 de l'article 6, sont imposables dans l'Etat contractant où ces biens sont situés.

2. Les éléments de fortune qui consistent en biens meubles faisant partie de l'actif d'un établissement stable d'une entreprise, ou en biens meubles appartenant à une base fixe utilisée pour l'exercice d'une profession libérale, sont imposables dans l'Etat contractant où l'établissement permanent ou la base fixe sont situés.

3. Les navires et aéronefs exploités en trafic international, ainsi que les biens meubles affectés à leur exploitation, ne sont imposables que dans l'Etat contractant où se trouve le siège de direction effective de l'entreprise.

4. Tous les autres éléments de la fortune d'un résident d'un Etat contractant ne sont imposables que dans cet Etat.

## Article 23

### ELIMINATION DE LA DOUBLE IMPOSITION

1. a) En ce qui concerne les résidents de la République fédérale d'Allemagne, sont exclus de l'assiette de l'impôt allemand les revenus suivants, qui conformément aux dispositions du présent Accord, sont imposables en République orientale de l'Uruguay :

aa) Les revenus de biens immobiliers au sens de l'article 6 et les gains de l'aliénation desdits biens;

bb) Les bénéfices des entreprises au sens de l'article 7 et les gains visés à l'article 13, paragraphe 2;

cc) Les dividendes au sens de l'article 10 payés à une société résidente en République fédérale d'Allemagne par une société résidente en République orientale de l'Uruguay dont 10% au moins du capital est détenu directement par la société allemande;

dd) Les rémunérations au sens des articles 15 et 18, paragraphes 1 et 2.

Toutefois, la République fédérale d'Allemagne se réserve le droit de faire entrer en ligne de compte, aux fins du calcul du taux d'imposition, les revenus ainsi exclus.

Les dispositions qui précèdent s'appliquent également aux biens de toute nature situés en République orientale de l'Uruguay si les revenus desdits biens doivent ou devraient être exclus de l'assiette de l'impôt allemand.

b) Sous réserve des dispositions de l'alinéa précédent, est admis en déduction de l'impôt sur le revenu et de l'impôt sur les sociétés dû en République fédérale d'Allemagne sur les revenus ayant leur source en République orientale de l'Uruguay l'impôt perçu par le fisc uruguayen en vertu de la législation uruguayenne et conformément à la présente Convention. Est également admis en déduction de l'impôt sur la fortune dû en République fédérale d'Allemagne sur les biens de toute nature situés en République orientale de l'Uruguay l'impôt sur la fortune perçu par le fisc uruguayen en vertu de la législation uruguayenne et conformément à la présente Convention. Toutefois, le montant de la déduction ne peut excéder la fraction de

l'impôt allemand correspondant auxdits revenus ou biens avant que la déduction n'ait été opérée.

c) Aux effets de la déduction visée à l'alinéa précédent, on présume que l'impôt uruguayen s'élève :

aa) En ce qui concerne les intérêts au sens de l'article 11, paragraphe 3, à 20 % du montant des intérêts;

bb) En ce qui concerne les redevances et rémunérations pour services techniques, au sens de l'article 12, paragraphes 2 et 3, à 20 % desdites redevances et rémunérations.

2. a) Dans le cas d'un résident de la République orientale de l'Uruguay, sont exclus de l'assiette de l'impôt uruguayen les revenus suivants qui, conformément aux dispositions de la présente Convention, sont imposables en République fédérale d'Allemagne :

aa) Les revenus de biens immobiliers au sens de l'article 6 et les gains de l'aliénation desdits biens;

bb) Les bénéfices des entreprises au sens de l'article 7 et les gains visés à l'article 13, paragraphe 2;

cc) Les dividendes au sens de l'article 10 versés à une société résidente de la République orientale de l'Uruguay par une société résidente de la République fédérale d'Allemagne dont 10 % au moins du capital est détenu directement par la société uruguayenne;

dd) Les rémunérations au sens des articles 15 et 18, paragraphes 1 et 2.

Toutefois, la République orientale de l'Uruguay se réserve le droit de faire entrer en ligne de compte, aux fins du calcul du taux d'imposition, les revenus ainsi exclus.

Les dispositions qui précèdent s'appliquent également aux biens de toute nature situés en République fédérale d'Allemagne, si les revenus desdits biens doivent ou devraient être exclus de l'assiette de l'impôt uruguayen.

b) Sous réserve de l'application des dispositions de l'alinéa précédent, est admis en déduction de l'impôt sur le revenu dû en République orientale de l'Uruguay sur les revenus ayant leur source en République fédérale d'Allemagne en vertu de la législation uruguayenne l'impôt perçu par le fisc allemand en vertu de la législation allemande et conformément à la présente Convention. Est également admis en déduction de l'impôt sur la fortune dû en République orientale de l'Uruguay sur les biens de toute nature situés en République fédérale d'Allemagne conformément à la législation uruguayenne l'impôt sur la fortune perçu par le fisc allemand en vertu de la législation allemande et conformément à la présente Convention. Toutefois, le montant de la déduction ne peut excéder la fraction de l'impôt uruguayen correspondant auxdits revenus ou biens avant qu'ait été opérée la déduction.

#### Article 24

#### NON-DISCRIMINATION

1. Les nationaux d'un Etat contractant ne sont soumis dans l'autre Etat contractant à aucune imposition ou obligation y relative qui est autre ou plus lourde que celles auxquelles sont ou peuvent être assujettis les nationaux de cet autre Etat qui se trouvent dans la même situation.



2. L'établissement stable qu'une entreprise d'un Etat contractant a dans l'autre Etat contractant n'est pas soumis dans cet Etat à une imposition moins favorable que les entreprises de cet Etat qui exercent les mêmes activités.

Cette disposition ne peut être interprétée comme obligeant un Etat contractant à accorder aux résidents de l'autre Etat contractant les déductions personnelles, abattements et réductions d'impôt qu'il accorde à ses propres résidents en fonction de leur situation ou de leurs charges de famille ou de toutes autres circonstances d'ordre personnel.

3. Sauf dans les cas visés aux articles 9, 11, paragraphe 6, et 12, paragraphe 6, les intérêts, redevances et autres rémunérations qu'une entreprise d'un Etat contractant verse à un résident de l'autre Etat contractant sont admises en déduction, aux fins du calcul des bénéfices imposables de cette entreprise, dans les mêmes conditions que s'ils avaient été versés à un résident du premier Etat.

4. Les entreprises d'un Etat contractant dont le capital est en totalité ou en partie, directement ou indirectement, détenu ou contrôlé par un ou plusieurs résidents de l'autre Etat contractant ne sont soumises dans le premier Etat contractant à aucune imposition ou obligation y relative qui est autre ou plus lourde que celle à laquelle sont ou peuvent être assujetties les entreprises similaires du premier Etat.

#### Article 25

##### PROCÉDURE AMIABLE

1. Le résident d'un Etat contractant qui estime que les mesures prises par l'un des Etats contractants ou par les deux Etats entraînent ou peuvent entraîner pour lui une imposition non conforme aux dispositions de la présente Convention peut, sans préjudice des voies de recours internes, soumettre son cas à l'autorité compétente de l'Etat contractant dont il est un résident.

2. Ladite autorité compétente s'efforce, si la réclamation lui paraît fondée et qu'elle n'est pas elle-même en mesure de lui apporter une solution satisfaisante, de régler la question par voie d'accord amiable avec l'autorité compétente de l'autre Etat contractant, en vue d'éviter une imposition non conforme à la présente Convention.

3. Les autorités compétentes des Etats contractants s'efforcent, par voie d'entente amiable, de résoudre les difficultés ou de dissiper les doutes auxquels peuvent donner lieu l'interprétation ou l'application de la présente Convention. Elles peuvent aussi se concerter en vue d'éviter la double imposition dans les cas non prévus par la Convention.

4. Les autorités compétentes des Etats contractants peuvent communiquer directement entre elles aux fins d'appliquer la présente Convention.

#### Article 26

##### ECHANGE DE RENSEIGNEMENTS

1. Les autorités compétentes des Etats contractants se communiquent les renseignements nécessaires pour l'application de la présente Convention. Les renseignements ainsi échangés sont tenus secrets et ne sont communiqués qu'aux personnes, autorités ou tribunaux concernés par l'établissement ou le recouvrement

des impôts visés par la présente Convention, par les poursuites les concernant ou par les décisions sur les recours y relatifs. Cette réserve ne s'applique pas à la divulgation des renseignements au cours d'audiences publiques des tribunaux compétents.

2. Les dispositions du paragraphe 1 ne peuvent en aucun cas être interprétées comme imposant à un Etat contractant l'obligation :

a) De prendre des mesures administratives dérogeant à sa législation ou à sa pratique administrative ou à celle de l'autre Etat contractant;

b) De fournir des renseignements qui ne peuvent être obtenus sur la base de sa législation ou dans le cadre de sa pratique administrative normale ou de celle de l'autre Etat contractant;

c) De fournir des renseignements qui reviendraient à révéler un secret commercial, industriel, professionnel ou un procédé commercial ou industriel ou des renseignements dont la communication serait contraire à l'ordre public.

#### *Article 27*

##### AGENTS DIPLOMATIQUES ET FONCTIONNAIRES CONSULAIRES

1. Les dispositions de la présente Convention ne portent pas atteinte aux privilèges fiscaux dont bénéficient les membres des missions diplomatiques ou des postes consulaires, en vertu des règles générales du droit international ou de dispositions d'accords particuliers.

2. Dans la mesure où, par suite des privilèges accordés à une personne en vertu des règles générales du droit international ou en vertu d'accords internationaux particuliers, les revenus ou les biens d'une personne ne sont pas soumis à l'imposition dans l'Etat d'accueil, le droit d'imposition appartient à l'Etat d'envoi.

3. Aux fins de la présente Convention, les membres d'une mission diplomatique ou de postes consulaires de l'un des Etats contractants situés dans l'autre Etat contractant, ou dans un Etat tiers, ainsi que les personnes vivant à leur foyer sont réputées être des résidents de l'Etat d'envoi s'ils possèdent la nationalité de ce dernier et sont soumis dans cet Etat aux mêmes obligations en matière d'impôt sur le revenu et sur la fortune que les résidents dudit Etat.

4. La présente Convention ne s'applique pas aux organisations internationales, à leurs organes ou à leurs fonctionnaires, ni aux membres des missions diplomatiques ou des postes consulaires d'un Etat tiers, ni aux personnes vivant à leur foyer qui se trouvent dans un des Etats contractants mais qui ne sont, aux effets de l'impôt sur le revenu et sur la fortune, pas réputées être résidentes de l'un quelconque des deux Etats contractants.

#### *Article 28*

##### LAND BERLIN

La présente Convention s'applique également au *Land Berlin*, à moins que le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne n'adresse une déclaration à effet contraire au Gouvernement de la République orientale de l'Uruguay dans les trois mois suivant l'entrée en vigueur de la présente Convention.

*Article 29*

## ENTRÉE EN VIGUEUR

1. La présente Convention sera ratifiée et les instruments de ratification seront échangés en République orientale de l'Uruguay dès que possible.

2. La présente Convention entrera en vigueur 30 jours après l'échange des instruments de ratification et s'appliquera :

*a)* Dans les deux Etats contractants, aux impôts perçus pour les exercices fiscaux commençant le 1<sup>er</sup> janvier de l'année suivant celle au cours de laquelle les instruments de ratification ont été échangés;

*b)* Dans les deux Etats contractants, aux impôts retenus à la source sur les montants payés après le 31 décembre de l'année au cours de laquelle les instruments de ratification ont été échangés.

*Article 30*

## DÉNONCIATION

La présente Convention restera en vigueur définitivement. Toutefois, l'un quelconque des Etats contractants pourra, avant le 1<sup>er</sup> juillet de toute année civile commençant cinq ans après l'entrée en vigueur de la Convention, la dénoncer par écrit par la voie diplomatique. En pareil cas, la Convention cessera de produire ses effets :

*a)* En République fédérale d'Allemagne, pour ce qui est des impôts perçus pour les exercices fiscaux suivant la dénonciation;

*b)* En République orientale de l'Uruguay, pour ce qui est des impôts perçus pour les exercices fiscaux suivant la dénonciation;

*c)* Dans les deux Etats contractants pour ce qui est des impôts retenus à la source sur les montants payés après le 31 décembre de l'année de la dénonciation.

FAIT à Bonn, le 5 mai 1987, en deux exemplaires originaux, en langues allemande et espagnole, les deux textes faisant également foi.

Pour la République fédérale d'Allemagne :

RUHFUS

GERHARD STOLTENBERG

Pour la République orientale de l'Uruguay :

R. ZERBINO

## PROTOCOLE

La République fédérale d'Allemagne et la République orientale de l'Uruguay sont convenues, lors de la signature à Bonn le 5 mai 1987 d'une Convention entre les deux Etats visant à éviter la double imposition en matière d'impôts sur le revenu et d'impôts sur la fortune, des dispositions suivantes qui font partie intégrante de ladite Convention :

1. *En ce qui concerne la Convention*

La présente Convention ne s'applique pas aux sociétés du type holding au sens de la loi n° 11.073 du 24 juin 1948 de la République orientale de l'Uruguay. Elle ne s'applique également pas aux revenus tirés, par une personne domiciliée en République fédérale d'Allemagne, d'une société du type de celle visée.

2. *En ce qui concerne l'article 7*

Ne peuvent être attribués dans l'Etat contractant où est situé l'établissement stable à la réalisation d'un chantier ou d'un montage que les bénéfices résultant de l'activité de l'établissement lui-même.

a) Les bénéfices provenant de la fourniture de marchandises liées à l'une de ces activités, ou indépendamment d'elles, par l'établissement principal ou par un autre établissement de l'entreprise ou par un tiers ne peuvent être imputés à la réalisation du chantier ou du montage;

b) Les revenus provenant de travaux de planification, d'un projet, d'une construction ou d'une recherche, ainsi que de services techniques qu'un résident d'un Etat contractant réalise dans ledit Etat et qui sont en rapport avec un établissement maintenu dans l'autre Etat contractant, ne peuvent être imputés à ce dernier établissement.

3. *En ce qui concerne les articles 10 et 11*

Sans préjudice des dispositions desdits articles, les dividendes et les intérêts peuvent être imposés dans l'Etat contractant dont ils proviennent et conformément au droit en vigueur dans ledit Etat à condition :

a) Qu'ils proviennent de droits ou de créances comportant une participation aux bénéfices (y compris les revenus tirés par un commanditaire de sa participation à ce titre ou d'un « Partiarischen Darlehen » ou de « Gewinnobligationen » au sens de la législation fiscale de la République fédérale d'Allemagne); et

b) Qu'ils soient déductibles aux fins du calcul des bénéfices du débiteur des dividendes ou des intérêts.

4. *En ce qui concerne l'article 23*

Lorsqu'une société résidente de la République fédérale d'Allemagne distribue des dividendes provenant de revenus ayant leur source en République orientale de l'Uruguay, l'article 23 englobe l'impôt compensatoire de l'impôt sur les sociétés conformément au droit fiscal de la République fédérale d'Allemagne.

5. *En ce qui concerne l'article 23*

Nonobstant les dispositions du paragraphe 1, alinéa a, de l'article 23 de la Convention, l'alinéa b dudit article, à l'exception des dispositions complémentaires de l'alinéa c, s'applique par analogie aux bénéfices d'un établissement stable et aux biens constituant le capital d'exploitation de l'établissement stable; aux dividendes

payés par une société et à la participation dans une société; ou aux bénéfices visés aux paragraphes 1 et 2 de l'article 13 de la Convention, à moins que le résident de la République fédérale d'Allemagne ne prouve que les revenus de l'établissement stable, ou de la société, proviennent exclusivement ou presque exclusivement :

a) D'une des activités suivantes menées en République orientale de l'Uruguay : production ou vente de marchandises ou de produits, prestation de conseils techniques, prestation de services techniques, activités bancaires ou d'assurance; ou

b) De dividendes versés par une ou plusieurs sociétés résidentes en République orientale de l'Uruguay, dont plus de 25 % du capital sont détenus par la première société, laquelle à son tour tire ses revenus exclusivement ou presque exclusivement de l'une des activités suivantes menées en République orientale de l'Uruguay : production ou vente de marchandises ou de produits, conseils techniques, prestation de services techniques, activités bancaires ou d'assurance.

FAIT en la ville de Bonn le 5 mai 1987, en deux exemplaires originaux, en langues allemande et espagnole, les deux textes faisant également foi.

Pour la République fédérale d'Allemagne :

RUHFUS

GERHARD STOLTENBERG

Pour la République orientale de l'Uruguay :

R. ZERBINO

---

